

2 Koalitionsbildungsprozesse in Mehrebenensystemen

Koalitionsbildungsprozesse bestehen aus drei Teilen: den Koalitionsverhandlungen, der Unterzeichnung eines Koalitionsvertrages sowie der formalen Bestätigung der Regierungsbildung im Parlament (Jun 1994: 25). Diese drei Punkte gehen dabei im politischen Prozess ineinander über und lassen sich nicht eindeutig voneinander abgrenzen (Timmermans/Andeweg 2003: 365). Für eine vergleichende analytische Perspektive ist es jedoch erforderlich, die theoretischen Ansätze der drei Forschungsgebiete getrennt voneinander zu behandeln.

Dem Begriff „Koalition“ wird in der Literatur zur Parteienwettbewerbs- und Koalitionsforschung eine Vielfalt an Bedeutungen zugeschrieben. Viele dieser Zuschreibungen sind allerdings entweder zu breit gefasst oder beleuchten Aspekte, die nicht im Zentrum der vorliegenden Analyse kommunaler Koalitionsbildungsprozesse und vertraglich fixierter Kooperationen zwischen Christdemokraten und Bündnisgrünen in deutschen Großstädten stehen. Beispielsweise ist die klassische Definition von E.W. Kelley zu weit gefasst:

„By a coalition we mean a group of individuals or groups of individuals who: 1. agree to pursue a common and articulated goal; 2. pool their relevant resources in pursuit of this goal; 3. engage in conscious communication concerning the goal and the means of obtaining it; 4. agree on the distribution of the payoff (benefits) received when obtaining the goal. A political coalition is distinguished from other coalitions only by the fact that the goal is political in nature.“ (Kelley 1968: 62f.)

In diesem Sinne könnte auch ein Zusammenschluss verschiedener Vertreter von Interessengruppen zur Durchsetzung eigener politischer Ziele als eine allgemeine politische Koalition gelten. In der Forschung zu Koalitionsbildungsprozessen werden jedoch *Parteien* als entscheidende Akteure angesehen. Parteien können sich zum einen im Wahlkampf auf ein gemeinsames Vorgehen zur Maximierung des Stimmenanteils verständigen (*electoral coalitions*), zum anderen können sich im Anschluss an Wahlen unterschiedliche Parteien zu parlamentarischen Koalitionen zusammenschließen, bei denen diese sich bei jeder Abstimmung erneut auf ein gemeinsames Votum für oder gegen einen Gesetzesvorschlag einigen (*voting* oder *legislative coalitions*), die Koalitionen damit nicht von permanenter Dauer sind (Decker 2009a: 431; Decker/Best 2010: 165; Downs 1998: 19; La-

ver/Schofield 1998: 129; Pappi 2009: 189).³⁷ Bei diesen legislativen Koalitionen muss es sich nicht immer um dieselben Parteien handeln, die eine solche *ad hoc*-Koalition eingehen. Das größte Ausmaß der zwischenparteilichen Zusammenarbeit findet sich in der Regierungskoalition (*executive* oder *government coalition*)³⁸, in der zwei oder mehrere Parteien ein zwischen diesen Parteien ausgehandeltes politisches Programm gemeinsam nach außen hin vertreten und die zu vergebenen politischen Ämter untereinander aufteilen (Decker 2009a: 432; Decker/Best 2010: 165; Jun 1994: 23f.; Jun 2007: 492).³⁹ Das Unterzeichnen einer Koalitionsvereinbarung unterstreicht den auf eine längerfristige Zusammenarbeit angelegten Anspruch dieser Parteienkooperationen. Eine solche Regierungskoalition kann aber im Parlament auch permanent von weiteren Parteien unterstützt werden, die nicht Bestandteil der Regierung sind – der Charakter solcher legislativer Koalitionen ist damit verbindlicher als dies bei reinen *ad hoc*-Koalitionen der Fall ist (Jungar 2000: 26). Diese Art von Unterstützung bzw. Tolerierung findet sich häufig dann, wenn die Regierungskoalition alleine nicht über eine absolute Mehrheit der Parlamentssitze verfügt.

Jahrzehntelang stand in der Koalitionsforschung hauptsächlich die Frage im Vordergrund, welche Faktoren den jeweils gebildeten Regierungskoalitionen zugrunde liegen. Erst nach und nach richtete sich der Blick auch auf die Erklärung von Koalitionsverhandlungen und Koalitionsverträgen. Die beiden letztgenannten Forschungszweige bauten dabei auf den Erkenntnissen der Koalitionsforschung auf. Im Folgenden werden deshalb zunächst die theoretischen Ansätze zur Erklärung von Koalitionsbildungen in Mehrebenensystemen behandelt (Kap. 2.1). Hierbei wird neben den „klassischen“ theoretischen Ansätzen (*office-seeking*- und *policy-seeking*-Theorien) zur Erklärung der Koalitionsbildung auch die daran geäußerte vielfältige Kritik dargestellt, infolge deren sogar das – nicht zutreffende – „Ende der Koalitionstheorie“ (Nolte 1988) heraufbeschworen wurde. Im Anschluss an die einzelnen Kritikpunkte werden jeweils neuere Koalitionsbildungsmodelle vorgestellt, die diese Kritikpunkte (teilweise) aufnehmen. Hierbei werden auch die empirischen Ergebnisse zu nationalen, regionalen und lokalen Koalitionsbildungen in zahlreichen Staaten dargestellt. Daran anschlie-

37 Zu verschiedenen Koalitionsbegriffen siehe Jun (1994: 19-24), Kunz (1979: 16-43) und Rausch (1976: 82f.).

38 Wie im allgemeinen Sprachgebrauch üblich, sieht die Koalitionsforschung das Kabinett als die „Regierung“ an und befasst sich nicht mit dem breiteren „Regierungskonzept“, welches alle staatlichen Institutionen und Personen umfasst, die am politischen Entscheidungsprozess beteiligt sind (Jungar 2000: 23f.).

39 Die legislative Koalition, die aus den Abgeordneten der Regierungsparteien besteht und die Regierung dauerhaft stützt, stimmt in diesem Fall mit der exekutiven Koalition überein (Laver/Schofield 1998: 129).

Bend wird der Forschungsstand zur Erklärung von Koalitionsverhandlungen dargelegt (Kap. 2.2). Hierbei richtet sich der Fokus auf die Faktoren, die zur Erklärung der „Komplexität“ von Koalitionsverhandlungen, d. h. der Dauer der Koalitionsbildung, herangezogen werden. Abschließend werden die Determinanten zur Erklärung der „Vollständigkeit“ von Koalitionsverträgen, d. h. der Umfang der Koalitionsvereinbarungen, diskutiert (Kap. 2.3). Aus diesen theoretischen Ansätzen zur Erklärung von Koalitionsbildungsprozessen in Mehrebenensystemen werden in den folgenden Kapiteln Hypothesen und Bedingungen zur Analyse kommunaler Koalitionsbildungsprozesse im Allgemeinen und zu schwarz-grünen Koalitionsbildungen, Koalitionsverhandlungen und Koalitionsverträgen in deutschen Großstädten im Speziellen gewonnen.

2.1 Theoretische Ansätze zur Erklärung von Koalitionsbildungen

Die Entwicklung der Koalitionstheorien hat ihren Ursprung in deduktiv-spieltheoretischen Ansätzen. Aufbauend auf dem *Rational Choice*-Ansatz werden Politiker (unter anderem) als zielorientierte und nutzenmaximierende Akteure angesehen (Downs 1998: 61; vgl. auch Downs 1957).⁴⁰ Hinsichtlich der Regierungsbildung in europäischen Staaten wird der Fokus vor allem auf die Erklärung von Gewinnkoalitionen (*winning coalitions*), d. h. Koalitionen, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügen (Laver 1986: 34; Taylor 1972: 361), gelegt. Grundlegende Annahmen sind hierbei, dass (a) die Parteien als einheitlich handelnde, d. h. unitarische Akteure betrachtet werden können; (b) sich die politischen Akteure alleine aufgrund eines Kriteriums (Größe oder ideologische Zusammensetzung der Koalition) entscheiden; (c) die Parteien diejenigen Gewinnkoalitionen präferieren, an denen sie beteiligt sind, und weniger diejenigen Koalitionen, an denen sie nicht beteiligt sind oder die keine Mehrheit im Parlament besitzen (Taylor 1972: 361f.); (d) jede Koalitionsbildung als ein eigenständiges Ereignis betrachtet werden kann und damit unabhängig von früheren oder zukünftigen Verhandlungsprozessen zwischen den beteiligten Parteien ist

40 Zur *Rational Choice*- und spieltheoretischen Tradition kam ein zweiter Forschungszweig der Koalitionsforschung hinzu: die *European Politics Tradition*, die durch eine induktive Herangehensweise gekennzeichnet ist und in der Form von (vergleichenden) Fallstudien vorgeht, um die bestehenden Koalitionstheorien zu überprüfen und zu verbessern (vgl. vor allem Bogdanor 1983a; Groennings *et al.* 1970; Pijenburg 1987; Pridham 1986a, 1987). Sowohl *Rational Choice*-Verfechter als auch die Forscher aus dem Umfeld der *European Politics Tradition* zeigten sich offen für die Annahmen des jeweils anderen Forschungszweiges und nahmen auch die gegenseitig geäußerten Kritikpunkte auf. Zur grundsätzlichen Ablehnung formalisierter Koalitionsbildungsmodelle siehe Rausch (1976).

(Downs 1998: 21); (e) davon ausgegangen wird, dass die politischen Akteure über „perfekte Informationen“ verfügen beziehungsweise sie ausnahmslos alle „Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten über alle weiteren beteiligten politischen Akteure“ haben (Jun 1994: 37).

Parteien streben dabei nicht nur nach Ämtern (*office-seeking*) und der Durchsetzung politischer Inhalte (*policy-seeking*), sie sind darüber hinaus auch an der Maximierung ihres Wählerstimmenanteils interessiert (*vote-seeking*) (Müller/Strøm 1999).⁴¹ Eine Hierarchisierung dieser Ziele ist zwar möglich, kann aber je nach Standpunkt des Betrachters variieren. Beispielsweise können Parteien das Ziel verfolgen, mithilfe attraktiver Politikinhalte eine große Zahl an Wählerstimmen zu erreichen, die dann, umgemünzt in Mandate, zur Regierungsbeteiligung führen können. Andererseits ist es aber genauso gut denkbar, dass die Parteien nur deshalb nach Ämtern streben, um nach Übernahme der Regierungsbeteiligung ihre, in der eigenen Präferenzordnung höher stehenden, politischen Vorstellungen durchzusetzen, wobei die größtmögliche Anzahl der Wählerstimmen reines Mittel zum Zweck wäre (Bräuninger/Debus 2012: 29; vgl. auch Strøm 1990b). Es ist auch nicht unbedingt wichtig, ob Politiker nur ämterorientiert sind oder auch ihre politischen Inhalte durchsetzen wollen, denn solange für die Wahl wichtige gesellschaftliche Gruppen an der Umsetzung bestimmter programmatischer Vorstellungen interessiert sind, ist *policy-seeking* für ursprünglich rein *office-*orientierte Politik von Bedeutung, und sei es nur aus dem Grund, um auf diesem Wege in die ersehnten Ämter zu gelangen (Laver/Shepsle 1996: 8). *Office-*, *policy-* und *vote-seeking* (einzeln oder in Kombination) stellen den Ausgangspunkt der folgenden Koalitionstheorien dar.⁴² Tabelle 6 fasst alle im Folgenden angesprochenen theoretischen Ansätze zur Erklärung von Koalitionsbildungen in Mehrebenensystemen zusammen.

41 Darüber hinaus werden in der Literatur auch die Ziele „Durchsetzung innerparteilicher Demokratie“ (Harmel/Janda 1994) und *identity seeking*, d. h. „das Abwägen einer Partei zwischen Koalitionstreue und drohender Parteispaltung“ (Sturm 2013: 252) bzw. „die innerparteiliche Selbstvergewisserung der Koalitionspartner“ (Sturm 2014: 207f.) bei lagerübergreifenden Koalitionen diskutiert. „Als lagerübergreifende Koalitionen werden all jene Konstellationen aufgefasst, die von Parteien getragen werden, von denen jeweils mindestens eine dem bürgerlichen und eine dem linken Lager angehört“ (Spier 2010: 302). Zu „lagerübergreifenden“ Koalitionen siehe Klecha (2011), Oppelland (2008), Spier (2010) und Switek (2010a, 2010b).

42 Vgl. auch Buzogány/Kropp (2013), De Winter (2002), Diermeier (2006), Laver (1998), Mitchell/Nyblade (2010), Müller (2004, 2009), Nyblade (2013) und Strøm/Nyblade (2007).

Tabelle 6: Theoretische Ansätze zur Erklärung von Koalitionsbildungen in Mehrebenensystemen

Theoretische Ansätze	Kurzbeschreibung	Einschlägige Literatur
<i>Eindimensionale Modelle</i>		
Minimal winning coalition	Kleinstmögliche Gewinnkoalition (alle Koalitionspartner sind für eine absolute Parlamentsmehrheit der Koalition erforderlich)	von Neumann/Morgenstern (1944)
Minimum winning coalition	Kleinstmögliche Gewinnkoalition mit geringster Anzahl an Parlamentssitzen über der absoluten Mehrheit	Ganson (1961); Riker (1962)
Bargaining proposition	Gewinnkoalition mit geringster Anzahl an Parteien	Leiserson (1968)
„Dominante“ Partei, stärkste Partei, <i>formateur</i> -Partei	Höhere Wahrscheinlichkeit für Koalitionen, die Parteien enthalten, die den Koalitionsbildungsprozess dominieren bzw. die stärkste Partei oder die <i>formateur</i> -Partei einbeziehen	Austen-Smith/Banks (1988); Bäck/Dumont (2008); Baron/Diermeier (2001); Baron/Ferejohn (1989); Peleg (1981); van Deemen (1989)
„Zentrale“ Partei	Höhere Wahrscheinlichkeit für Koalitionen, die den Median-Abgeordneten in ihren Reihen wissen	Laver/Schofield (1998); van Roozendaal (1993)
Minimal connected winning coalition	Kleinstmögliche Gewinnkoalition, die ideologisch „kompakt“ ist	Axelrod (1970)
Minimal range coalition	Koalition mit geringer ideologischer Distanz zwischen den Parteien	De Swaan (1973)
<i>Mehrdimensionale Modelle</i>		
Political Heart	Koalitionen in Gleichgewichtsmenge, die sich aus der Analyse der <i>policy</i> -Positionen der Parteien und den jeweiligen Mehrheitskoalitionen ergibt	Schofield (1993, 1995, 1996)
Policy horizons	Koalitionen sind wahrscheinlicher, je mehr sich die Politikhorizonte der Koalitionspartner überlappen	Warwick (2000, 2005a, 2005b, 2006, 2013)
Portfolio-Allokations-Modell	Koalitionen mit „(sehr) starken“ Parteien sind wahrscheinlicher als andere Koalitionen	Laver/Shepsle (1990a, 1990b, 1996)

– Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite –

Theoretische Ansätze	Kurzbeschreibung	Einschlägige Literatur
<i>Institutionelle und kontextuelle Faktoren</i>		
Amtinhabervorteil	Gegenüber anderen Koalitionen sollte die amtierende Koalition mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auch die nächste Regierung stellen	Franklin/Mackie (1983); Martin/Stevenson (2001, 2010)
Einfluss des Parteiensystems	Typ des Parteiensystems sowie einzelne Parteiensystemeigenschaften erhöhen/verringern die Wahrscheinlichkeit einzelner Koalitionen	Dodd (1976); Indridason (2011); Laver/Benoit (2015)
Institutionelle Regelungen	Mehrheitskriterium im Parlament und <i>agenda setting power</i> der Regierung beeinflussen die Wahrscheinlichkeit einzelner Koalitionen	Bergman (1993); Jungar (2000); Strøm (1990a, 1990b); Tsebelis/Ha (2014)
Vorwahlallianzen und Koalitionssignale	Koalitionen, deren Parteien Vorwahlallianzen gebildet oder wechselseitig positive Koalitionssignale gesendet haben, sollten wahrscheinlicher sein als andere Koalitionen	Debus (2007, 2009); Golder (2005, 2006a, 2006b); Ibenskas (2015)
<i>Mehrebenenfaktoren</i>		
Kongruente Koalitionen	Regionale Koalitionen sollten wahrscheinlicher sein, wenn sie kongruent zur Koalition auf der nationalen Ebene sind	Ştefuriuc (2009a, 2009b, 2013)
Cross-cutting coalitions	Regionale Koalitionen sollten wahrscheinlicher sein, wenn keine nationalen Oppositionsparteien beteiligt sind	Daubler/Debus (2009)

Quelle: Eigene Darstellung.

Bereits in den 1940er Jahren formulierten von Neumann und Morgenstern (1944) die Annahme, dass sich in einem Parlament diejenige Koalition formen würde, die über eine Mehrheit der Parlamentssitze verfügt, aber keine Parteien enthält, die für diese Parlamentsmehrheit nicht erforderlich sind (*minimal winning coalition*). Dies würde ansonsten einen Ressourcenverlust für die koalierenden Parteien mit sich bringen (Budge/Keman 1990: 11). Das *minimal winning*-Kriterium wurde prägend für die grundlegende Entwicklung der Koalitionsforschung (vgl. die Arbeiten von Gamson 1961 und Riker 1962). Ausgehend davon, dass die politischen Akteure vor allem *office*-orientiert wären, folglich nach Ämtern, Machterwerb und dem damit einhergehenden Statusgewinn streben würden, wurde das Größenprinzip (*size principle*) zum alles entscheidenden Kriterium bei der Regierungsbildung erhoben, denn die Macht einer Regierungspartei lasse sich daran bemessen, wie viele Kabinettsposten sie auf sich vereinen könne (Schniewind 2008: 117). Die Koalitionsbildung wurde hierbei als ein Nullsummenspiel angesehen. Die Koalitionspartner gewinnen alles, nämlich die Regierungsbeteiligung und die damit verbundene Vergabe von Kabinettsposten, die anderen Parteien gewinnen nichts und müssen in die Opposition.

Das *minimal winning*-Kriterium wurde im Bereich der rein ämterorientierten Koalitionstheorien weiter verfeinert. Riker (1962) nahm an, dass Parteien diejenige Koalitionsvariante vorziehen würden, die über die geringste Anzahl an Parlamentssitzen über der absoluten Mehrheit verfügt (*minimum size coalition* oder *minimum winning coalition*).⁴³ Leiserson (1968) argumentierte hingegen mit der Annahme der *bargaining proposition*, dass eine geringere Anzahl an Koalitionspartnern jeder beteiligten Koalitionspartei mehr Macht und Einfluss sichern würde, da weniger Kabinettsposten untereinander aufgeteilt werden müssten. Koalitionen aus zwei Parteien würden damit wahrscheinlicher sein als Koalitionen aus drei Parteien. Denn je weniger Partner in einer Koalition vertreten sind, desto leichter lassen sich Übereinstimmungen und Kompromisse finden (Martin/Stevenson 2001: 34) und desto geringer sind die Verhandlungskosten während des Regierens (Leiserson 1968: 75).

Der Erfolg des *minimal winning*-Kriteriums bei der Vorhersage von Regierungskoalitionen ist dabei nicht zu übersehen (zur Kritik siehe jedoch Jun 1994: 35f., 64): „The prediction that minimal winning coalitions will form is the most frequently cited, best known and most comprehensively tested result in coalition theory“ (Laver/Schofield 1998: 92).⁴⁴ Eine Vielzahl von Studien belegt diesen

43 Gamsons (1961) Kriteriumsbezeichnung als *cheapest winning* ist weniger gebräuchlich als der Terminus *minimum winning* (Schönrock 1997: 25).

44 Jun (1994: 35f., 64) argumentiert, dass durch die fehlende Berücksichtigung weiterer wichtiger Aspekte, beispielsweise der politischen Kultur, des Parteiensystems oder auch vergangener

Befund (vgl. u. a. Debus 2008b: 534; Franklin/Mackie 1983: 286; Martin/Stevenson 2001: 41). Allerdings werden häufig mehrere *minimal winning coalitions* vorhergesagt und es findet sich damit keine eindeutige Lösung. Die Verkleinerung der Lösungsmenge mithilfe von Leisersons (1968) *bargaining proposition* verbessert nochmals die Prognosefähigkeit (Browne 1971: 404; Franklin/Mackie 1983: 286): Eine kleinstmögliche Gewinnkoalition ist demnach wahrscheinlicher, je weniger Parteien sie umfasst (Martin/Stevenson 2001: 41). Rikers (1962) Prognose, dass sich die jeweils kleinste kleinstmögliche Gewinnkoalition bilden sollte, trifft zwar sehr präzise Aussagen, da häufig nur eine einzige Koalitionsmöglichkeit prognostiziert wird (Müller 2004: 270), allerdings steht dieser Vorhersage in Teilen die politische Praxis entgegen. Bei sehr knappen parlamentarischen Mehrheiten besteht für die Koalitionsparteien die Gefahr, dass durch etwaige Abweichler in den eigenen Reihen die Parlamentsmehrheit bei Abstimmungen verloren geht. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, werden deshalb oftmals Koalitionen geschmiedet, die über eine breitere Mehrheit im Parlament verfügen.

Von diesem reinen Größenprinzip und der Fokussierung auf die Ämterorientierung der politischen Akteure setzten sich jedoch bald die *policy*-orientierten Koalitionstheorien ab, die den politischen Akteuren ein (mindestens) gleichwertiges Interesse an der Durchsetzung von politischen Inhalten gegenüber dem reinen Machterwerb zuschrieben. *Policy*-orientierte Koalitionstheorien fußen im Gegensatz zu den *policy*-blinden Theorien auf der Grundannahme, dass Parteien (auch) darauf aus sind, am politischen Prozess in der Regierung mitzuwirken, um ihre eigenen politischen Zielen verwirklichen zu können (Kropp *et al.* 2002: 10).⁴⁵ Zwei Faktoren sind bei *policy*-orientierten Koalitionstheorien zu beachten: Zum einen werden die Gemeinsamkeiten der Parteien bei zentralen Politikinhalten betrachtet, zum anderen verbinden die Parteien mit einem auf politischen Überzeugungen und Gemeinsamkeiten basierenden Bündnis die Aussicht auf eine Verbreiterung ihrer Wählerschicht (Jun 1994: 41). Letzteres ist häufig nur

Begebenheiten, „das Modell der ‚minimal winning coalition‘ [Hervorhebung M.G.] verworfen werden könne. Dieser Einwand muss allerdings zurückgewiesen werden. Mithilfe des *minimal winning*-Kriteriums lassen sich zumindest bessere Prognosen treffen, als wenn man auf Basis einer Zufallsauswahl aus allen theoretisch möglichen Koalitionskonstellationen eine Regierungskoalition vorhersagen würde (Laver/Schofield 1998: 96). Die im Folgenden dargestellten neueren Koalitionsbildungsmodelle nehmen die von Jun geäußerten Kritikpunkte auf und erweitern die „klassischen“ *office*- und *policy-seeking* Theorien.

45 Einschränkung hierzu Kropp (2001: 27): „Parteien können ihr Anliegen, Politik nach ihren programmatischen bzw. ideologischen Zielen zu gestalten, zumindest teilweise auch aus der Oppositionsrolle heraus umsetzen“. Dies verdeutlicht auch, dass es sich unter Einbeziehung des *policy*-Kriteriums bei der Koalitionsbildung nicht um ein Nullsummenspiel handelt (Budge/Laver 1986: 487; Kropp/Sturm 1998: 41).

dann möglich, wenn die Parteien eine Koalition eingehen, die ideologisch nicht zu weit von der eigenen Stammwählerschaft entfernt ist.

Bei Axelrods (1970) Annahme einer *minimal connected winning coalition* stehen sich die Parteien in wichtigen Politikfeldern nahe und der Verlust eines Koalitionspartners führt dazu, dass die Koalition entweder keine Mehrheitskoalition mehr darstellt oder aber nicht mehr *connected*, d. h. ideologisch kompakt, ist. Die *minimal connected winning coalition theory* nimmt im Unterschied zu den zuvor dargestellten rein ämterorientierten Koalitionstheorien erstmals auch die *policy*-Orientierung der politischen Akteure in den Blick. Allerdings ist diese für Axelrod (1970) ausschließlich relevant, um die Anzahl der vorhergesagten Koalitionsmöglichkeiten auf Basis des *minimal winning*-Kriteriums zu reduzieren. Axelrod (1970: 167f.) schlägt darüber hinaus eine Verfeinerung seiner Theorie vor, die die *bargaining proposition* beinhaltet. Die Anzahl der Parteien habe ebenso wie die ideologische Verbundenheit der Parteien einen Einfluss auf die Koalitionsbildung, da Verhandlungen über eine Koalitionsbildung bei ähnlichen Interessen leichter abzuschließen und diese Verhandlungen mit wenigen Koalitionspartnern problemloser zu führen wären („*low conflict of interest*“). Die *office*-Orientierung der politischen Akteure wird jedoch weiterhin als wichtigster Motivationsgrund gegenüber den *policy*-Orientierungen angesehen (De Winter 2002: 175; Laver/Schofield 1998: 97, 102).

Im Unterschied dazu schätzt De Swaan (1973) die *policy*-Orientierung der politischen Akteure gewichtiger ein als ihr Streben nach Ämtern und folgert daraus, dass die Wahrscheinlichkeit für eine gemeinsame Koalitionsbildung umso größer wird, je geringer die ideologische Distanz (*policy distance*) der Parteien zueinander auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala ist. Hiermit zählt nicht alleine die ordinale Reihenfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Skala, sondern auch die tatsächlichen Parteipositionen gewinnen an Bedeutung (Laver/Schofield 1998: 111). Jede Partei strebt danach, dass ihr eigener politischer Standpunkt in der Mitte einer Koalition steht, da aus dieser pivotalen Position heraus die eigenen politischen Vorstellungen am besten durchgesetzt werden können (Jun 1994: 39; Schönrock 1997: 28). De Swaan (1973) verbindet hierbei Axelrods Annahme der *minimal connected winning coalition* mit der Annahme, dass Parteien diejenige Koalition präferieren, die die geringste ideologische Distanz aufweist: die *closed minimal range coalition* (Mueller 2003: 282; Schniewind 2008: 119).

Im Laufe der Jahre wurden die genannten Koalitionstheorien eingehend getestet, wobei die Prognose- und Erklärungskraft der einzelnen theoretischen Ansätze unterschiedlich ausfällt. Beispielsweise konnte mehr als die Hälfte aller

Koalitionsbildungen in Westeuropa nicht erklärt werden (vgl. Browne 1971; Martin/Stevenson 2001; Nolte 1988; Taylor/Laver 1973).⁴⁶ Infolgedessen wurden die frühen *policy*-blinden und *policy*-orientierten Koalitionstheorien mithilfe von Annahmen aus dem Neoinstitutionalismus in Richtung der Bestimmung einer „dominanten“ Partei (Peleg 1981; van Deemen 1989) und einer „zentralen“ Partei, die den Median-Abgeordneten in ihren Reihen weiß (Laver/Schofield 1998; van Roozendaal 1993), erweitert. Diese Ansätze prognostizieren weniger die gesamte parteipolitische Zusammensetzung der zukünftigen Regierung, sondern vielmehr die Teilnahmewahrscheinlichkeit *einzelner Parteien* an dieser Regierung (Müller 2004: 276).

Die Theorie der „dominanten“ Partei (Peleg 1981) gehört hierbei zu den *office*-orientierten, eindimensionalen Ansätzen (Berghammer *et al.* 2011: 68; van Deemen 1989: 314) und ihr liegt implizit die Annahme zugrunde, dass nach einer Wahl die Partei mit den meisten Parlamentssitzen nur schwer von der Regierung ausgeschlossen werden kann (Martin/Stevenson 2001: 34). Die Partei mit dem größten Sitzanteil, d. h. mit dem größten Gewicht im Koalitionsspiel, strebt danach, an einer Gewinnkoalition beteiligt zu sein, in der sie eine „strikte Mehrheit“ (Peleg 1981: 11) besitzt. Das bedeutet, diese Partei „dominiert“ die anderen Koalitionspartner innerhalb der Gewinnkoalition, da ihr Sitzanteil größer ist als der addierte Sitzanteil der Koalitionspartner. Die „dominante Partei“ ist am einfachsten dadurch zu bestimmen, dass diejenige Partei mit den meisten Sitzen sowohl mit der zweit- als auch mit der drittstärksten Partei eine Gewinnkoalition bilden kann, die zweit- und drittstärkste Partei aber wiederum zusammen keine Mehrheit besitzen (Laver 1998: 10).⁴⁷ Generell zeigt sich, dass einzelne Koalitionskombinationen eine höhere Wahrscheinlichkeit besitzen, die Regierung zu stellen, wenn diese Konstellationen die stimmenstärkste Partei beziehungsweise die Partei mit den meisten Parlamentssitzen enthalten (Debus 2008b: 534). Pelegs (1981) Theorie der „dominanten“ Partei kann zwar in hohem Maße die im Endeffekt gebildete Regierungskoalition vorhersagen, allerdings geht dies

46 Döring und Hellström (2013) liefern die bisher umfangreichste vergleichende Analyse zwischen Koalitionsbildungsprozessen in West- und Osteuropa. Sie können zeigen, dass in den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten hauptsächlich der Wahlerfolg die folgende Koalitionsbildung erklärt, während die ideologischen Positionierungen der Parteien (im Unterschied zur Koalitionsbildung in Westeuropa) keinen signifikanten Effekt aufweisen.

47 Der *dominant player* ist immer die stärkste Partei, aber nicht jede stärkste Partei ist auch ein *dominant player* (in denjenigen Fällen, in denen die zweit- und drittstärkste Partei eine Gewinnkoalition bilden können).

mit einer schwachen Erklärungskraft einher, da gleichzeitig auch viele weitere dominierte Gewinnkoalitionen prognostiziert werden (van Deemen 1989: 315).⁴⁸

Eine „dominante“ Partei kann ebenso auch eine „zentrale“ Partei sein (van Roozendaal 1993: 39). Zur Bestimmung der „zentralen“ Partei bzw. des „zentralen“ Spielers ist eine den Parteienwettbewerb strukturierende *policy*-Dimension erforderlich, auf der die Parteien von links nach rechts sortiert werden können – van Roozendaals (1993) Koalitionstheorie ist damit nicht *office*-, sondern *policy*-orientiert. Die „zentrale“ Partei weiß den *median legislator*, d. h. denjenigen Abgeordneten, neben dem sich auf der *policy*-Dimension links und rechts genau gleich viele Abgeordnete befinden, in ihren Reihen (Black 1958). Diejenige Partei, die den *median legislator* in ihren Reihen hat, besitzt einen Vorteil bei den Koalitionsbildungsprozessen und kann aus keinem Regierungsbildungsprozess ausgeschlossen werden, da sie „ihre politischen Konzeptionen am ehesten in der Regierungspolitik wiederfindet, da sich die Kompromisse zwischen den äußeren Parteien auf ihrer Linie treffen“ (Jun 1994: 39; vgl. auch Laver/Schofield 1998). Die „zentrale“ Partei kann demnach sowohl jede ideologisch verbundene Koalition „links“ von sich als auch jede ideologisch verbundene Koalition „rechts“ von sich zu einer Gewinnkoalition machen (van Roozendaal 1993: 38). Sie kann damit die Politik der zukünftigen Regierung diktieren, denn alle Parteien links von ihr werden eine „rechte“ Politik nicht unterstützen und umgekehrt (Budge/Laver 1992: 3). Es lässt sich demnach keine andere, von der Idealposition des Median-Abgeordneten abweichende *policy*-Position finden, die von einer Mehrheit im Parlament unterstützt werden würde. Der Erfolg dieser Koalitionstheorie ist allerdings umstritten. Einerseits erreicht man durch Einbeziehung des *median legislator* eine hohe Prognosekraft, da in mehr als drei Viertel aller Fälle die richtige Koalition vorhergesagt wird; andererseits werden aber auch viele weitere Koalitionen prognostiziert, die nicht zustande kommen können – die Prognoseeffizienz ist daher eher gering (Budge/Laver 1993: 508; Kropp 2008: 518; Müller 2004: 277; Schönrock 1997: 33).

Sowohl die empirischen Ergebnisse der rein ämterorientierten und der *policy*-orientierten eindimensionalen Koalitionstheorien als auch deren grundlegende Annahmen blieben nicht frei von Kritik. Im Folgenden werden deshalb die am häufigsten geäußerten Kritikpunkte dargestellt. Darüber hinaus werden die jeweiligen Verbesserungsvorschläge genannt und die darauf aufbauenden erweiterten theoretischen Ansätze zur Koalitionsbildung präsentiert.

48 Van Deemen (1989) verringert das Set an prognostizierten dominierten Gewinnkoalitionen im Sinne Pelegs (1981), indem er die Theorie der „dominanten“ Partei mit Rikers (1962) *minimum size coalition* zur *dominated minimum size coalition* verbindet (Schönrock 1997: 33).

Kritikpunkt 1: Fehlende Einbeziehung früheren Koalitionshandelns, Vernachlässigung der Bedeutung amtierender Regierungen und Unterschätzung vorausschauend planender politischer Akteure

Martin und Stevenson (2001) zeigen, dass die Variablen „Größe“ und „Ideologie“ der Parteien für eine Vorhersage der Koalitionen kaum ausreichend sind. Franklin und Mackie (1983) erklären einen Großteil der Fehlprognosen der eindimensionalen Koalitionstheorien mit den beiden Prinzipien „Trägheit“ (*inertia*) und „Vertrautheit“ (*familiarity*). Koalitionsbildungen können ihrer Ansicht nach nicht als isolierte Ereignisse betrachtet werden, bei denen die früheren Erfahrungen mit den potenziellen Koalitionspartnern außen vorgelassen werden (Franklin/Mackie 1983: 276; vgl. auch Taylor/Laver 1973: 234). *Familiarity* bezieht sich darauf, dass manche Parteien bereits Regierungserfahrung miteinander haben, während *inertia* dem Umstand Rechnung trägt, dass die amtierenden Koalitionsparteien in vielen Fällen die bestehende Koalition weiterführen möchten: Zum einen sind die Verhandlungskosten nach den Wahlen bei miteinander vertrauten und eingespielten Koalitionspartnern deutlich geringer, da erste Sondierungsgespräche entfallen; zum anderen ist es einfacher, mit dem alten Koalitionspartner die bestehende Koalition fortzuführen als ein neues Regierungsbündnis mit einer „fremden“ Partei einzugehen (Franklin/Mackie 1983; Warwick 1996).⁴⁹ Es zeigt sich in einigen Studien, dass die zur Wahl antretende Regierung meistens einen signifikanten Vorteil bei der erneuten Regierungsbildung nach der Wahl hat – die Wahrscheinlichkeit, dass das amtierende Regierungsbündnis auch die neue Regierungskoalition stellt ist höher als für andere Koalitionskonstellationen (Bäck/Dumont 2007: 476f.; Isaksson 2005: 341). Martin und Stevenson (2010) können jedoch zeigen, dass dies nur für *familiarity* und nicht für *inertia* gilt: Nicht die aktuell regierende Koalition hat eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit die neue Regierung zu stellen, vielmehr sind Koalitionen wahrscheinlicher, die aus Parteien bestehen, die bereits zuvor in einer Regierungskoalition zusammengearbeitet haben (vgl. Glasgow *et al.* 2011 hinsichtlich des Amtsinhabervorteils der Partei des Regierungschefs bei der Koalitionsbildung). Ebenso gilt: Wenn die vorherige Regierungskoalition an internen Kon-

49 Dies kann auch an speziellen institutionellen Regeln liegen, die beispielsweise bestimmen, dass eine Regierung so lange im Amt bleibt, bis eine neue Regierung durch das Parlament oder den Präsidenten bestätigt wurde: „Any constitutional presumption in favor of the incumbent government obviously places it in a privileged position compared to all others. The incumbents represent the reversion point in the event the other parties fail to agree on an alternative“ (Strøm *et al.* 1994: 311; Hervorhebung im Original). Zu kritischen Anmerkungen zum *reversion point*-Argument, aber auch zur empirischen Bestätigung, dass spezielle institutionelle Regeln die Wahrscheinlichkeit der erneuten Regierungsbildung einer bereits amtierenden Koalition signifikant erhöhen, siehe Martin und Stevenson (2010).

flikten scheiterte, dann ist eine erneute Regierungsbildung zwischen den beteiligten Parteien unwahrscheinlich (Martin/Stevenson 2010: 515). Im Durchschnitt haben amtierende Koalitionen jedoch eine höhere Wahrscheinlichkeit, auch die nächste Koalition zu stellen, wenn sich ihre Parteienzusammensetzung nicht ändert (Glasgow/Golder 2015; Glasgow *et al.* 2011).

Auf allen Ebenen eines politischen Systems werden vorherige Koalitionsbildungen oder auch gescheiterte Koalitionsbildungsversuche bei erneuten Koalitionsbildungsprozessen von den Parteien in ihre Entscheidungsfindung miteinbezogen (Downs 1998: 36f.; Groennings 1970: 455; Laver 1974; Mellors/Brearey 1986: 279; Pridham 1986b: 20).⁵⁰ Insbesondere auf nationaler Ebene werden die erfolgreichen und nicht erfolgreichen Koalitionsbildungen auf der regionalen Ebene genauestens beobachtet und die Koalitionskonstellationen werden auf ihre nationale Übertragbarkeit hin überprüft (Downs 1998: 36). Des Weiteren beobachten die politischen Akteure, wie die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionsparteien abläuft. So hat das vorzeitige Verlassen einer Koalition für diejenige Partei zur Folge, dass sie bei der Regierungsbildung nach der nächsten Wahl von ihren früheren Koalitionspartnern nicht mehr als Partner in Betracht gezogen wird (Tavits 2008: 495).⁵¹ Das gemeinsame, die komplette Legislaturperiode andauernde, Regieren in einer Koalition wird hingegen von den jeweiligen Koalitionspartnern bei zukünftigen Koalitionsbildungsprozessen goutiert (Tavits 2008: 496). Auch denken die Koalitionäre strategisch bereits an die nächste Wahl und beziehen bei ihrer Auswahl der Koalitionspartner ebenfalls in Betracht, ob sich dies bei den folgenden Wahlen in einem höheren Wählerzuspruch niederschlagen könnte (Jun 2007: 493; Müller *et al.* 2010: 11).

Kritikpunkt 2: Die Vernachlässigung kontextueller und institutioneller Variablen

In der Vernachlässigung kontextueller und institutioneller Variablen wird ein weiterer Schwachpunkt der eindimensionalen (aber teilweise auch der mehrdimensionalen) Koalitionsansätze gesehen.⁵² So wird kritisiert, dass die formalisierten Koalitionstheorien missglückte Koalitionsbildungsversuche nicht betrachten, siehe De Winter (2002: 204).

50 Zur Kritik daran, dass die formalisierten Koalitionstheorien missglückte Koalitionsbildungsversuche nicht betrachten, siehe De Winter (2002: 204).

51 Die Partei wird jedoch nicht gänzlich von der Koalitionsbildung ausgeschlossen, denn andere Parteien als die vorherigen Regierungsparteien sehen in der Partei meistens weiterhin einen möglichen Koalitionspartner (Tavits 2008: 495).

52 Golder *et al.* (2012) entwickeln deshalb ein theoretisches Modell, das die Koalitionsbildung alleine anhand zweier institutioneller Merkmale – es muss eine amtierende Regierung geben und die Regierung muss eine Mehrheit im Parlament besitzen – und unabhängig von den strategischen Präferenzen der Akteure erklärt. Zur weiterhin andauernden Diskussionen über dieses *zero-intelligence model of government formation* siehe Golder *et al.* (2014) sowie Martin und Vanberg (2014b).

sierte Koalitionstheorie „die entscheidende Determinante des Koalitionsverhaltens“ (Jun 1994: 35) nicht (oder nicht ausreichend) betrachten würde – den Parteienwettbewerb beziehungsweise das Parteiensystem (vgl. auch Pridham 1986b, 1987). Sie würde damit der von Land zu Land unterschiedlichen Struktur des Parteienwettbewerbs zu wenig Beachtung schenken – gerade unter dem Gesichtspunkt, dass die empirischen Ergebnisse zur (westeuropäischen) Koalitionsbildung in hohem Maße länderspezifisch sind, einzelne Theorien folglich in verschiedenen Ländern unterschiedlich gute Ergebnisse erzielen (De Winter 2002: 176f.; Laver 1986: 33). Die einzelnen Parteienwettbewerbs- und Parteiensystemcharakteristika beeinflussen dabei sowohl den Prozess der Regierungsbildung (Indridason 2011: 695) als auch die Regierungsstabilität (Jun 1994: 141; Saalfeld 2010: 503). Hierbei spielen insbesondere die Anzahl der Parteien, die Stimmen- und Mandatsverteilung, die Volatilität, die Fragmentierung und die Polarisierung der Parteiensysteme eine zentrale Rolle.

Laver und Benoit (2015) argumentieren, dass das Auftreten bestimmter Koalitionskonstellationen in erster Linie vom Typus eines Parteiensystems abhängt und erst in einem zweiten Schritt weitere (institutionelle und parteistrukturale) Beschränkungen bei der Koalitionsbildung hinzutreten können (diese werden ausführlich in Kap. 3.1 behandelt). So finden sich *surplus majority coalitions* insbesondere in Parteiensystemen mit zahlreichen Parteien und einer großen Anzahl an Gewinnkoalitionen. *Minimal winning coalitions* kommen hingegen vor allem in Parteiensystemen vor, in denen die drei stärksten Parteien jeweils miteinander Gewinnkoalitionen bilden können, während Minderheitsregierungen hauptsächlich in Parteiensystemen gebildet werden, die von einer Partei dominiert werden.

Während ein höheres Wechselwahlverhalten der Wähler dazu führt, dass Parteien „mögliche Kosten oder Nutzenerwartungen von Koalitionsbildungen“ (Jun 2007: 493) schlechter kalkulieren können, erschwert eine größere Fragmentierung des Parteiensystems die Suche der Parteien nach arithmetisch und politisch möglichen Koalitionsoptionen (Laver/Schofield 1998: 116). Ansteigende Fragmentierung und höhere Volatilität des Parteiensystems führen dazu, dass eine weitere grundlegende Annahme der Koalitionsbildungsmodelle nicht aufrechterhalten werden kann: die Annahme, dass politische Akteure im Koalitionsbildungsprozess perfekte respektive vollständige Informationen besitzen. Je weiter die Fragmentierung ansteigt, desto mehr Parteien haben eine zu berücksichtigende Rolle im Koalitionsspiel inne und desto weniger können die Parteien im Verhandlungsprozess die Stärke, die möglichen Optionen und das Verhandlungspotenzial der anderen Parteien einschätzen (Dodd 1976: 63f., 73f.). Vor

allein die Wahrnehmung und richtige Einschätzung möglicher innerparteilicher Konflikte bei potenziellen Koalitionspartnern hinsichtlich der Koalitionswahl wird mit ansteigender Fragmentierung für die Parteispitzen immer schwieriger (Dodd 1976: 64). Je stabiler sich ein Parteiensystem darstellt, d. h. je geringer die Volatilität und die Fluktuation von Parteien ist, desto besser können die Parteien das Verhalten anderer Parteien nachvollziehen und prognostizieren (Dodd 1976: 65f.).

Ebenso verdient der Punkt der Polarisierung eines Parteiensystems besondere Aufmerksamkeit. Je polarisierter der Parteienwettbewerb ist, d. h. je größer sich die programmatisch-ideologische Distanz zwischen den Parteien darstellt, desto schwieriger gestaltet sich die Koalitionsbildung (Jun 1994: 71). Diese ist dann häufig nur noch zwischen Parteien innerhalb eines politischen Lagers möglich (Indridason 2011: 690). Haben die verschiedenen Lager aber keine Mehrheit im Parlament, so kann die hohe Polarisierung des Parteiensystems sogar eine komplette „Koalitionsblockierung“ nach sich ziehen (Jun 1994: 71). Allerdings hängt dies auch immer von den alternativen Koalitionsmöglichkeiten der Parteien ab. Eine Koalition, die durch große programmatisch-ideologische Differenzen gekennzeichnet ist, kann für einzelne Parteien zum Zeitpunkt x durchaus in Betracht kommen, wenn ansonsten keine weiteren Koalitionsoptionen zur Verfügung stehen, die Konstellation kann zum Zeitpunkt y aber keinen Anreiz bieten, falls auch andere Koalitionsbeteiligungen arithmetisch und politisch möglich sind (Indridason 2011: 690).

Polarisierung, Fragmentierung und Volatilität (bzw. Stabilität) eines Parteiensystems bestimmen in erheblichem Maße die Regierungsbildung und –stabilität. *Minimal winning coalitions* werden vor allem in wenig fragmentierten, stabilen und kaum polarisierten Parteiensystemen gebildet, die Parteien können deshalb eine große Verhandlungsbereitschaft zeigen und verfügen über eine hohe Informationssicherheit hinsichtlich des Verhaltens der anderen politischen Akteure (Dodd 1976: 69). Aber auch in polarisierten, jedoch gering fragmentierten und stabilen Parteiensystemen können sich *minimal winning coalitions* bilden, solange die Polarisierung keine extremen Werte annimmt und die Verhandlungsbereitschaft der Parteien damit nicht vollständig untergraben wird (Dodd 1976: 69). Die zwingende Einbeziehung der Analyse von Parteiensystemen für die Untersuchung von Koalitionsbildungsprozessen führt einerseits dazu, dass Koalitionen als „(...) ein Subsystem des gesamten Parteiensystems“ (Jun 2007: 492) zu betrachten sind, andererseits erweist sich das Parteiensystem als eine der wesentlichen Kontextvariablen zum Verständnis der Koalitionsbildung (Kropp/Sturm

1998: 65; Kropp *et al.* 2002: 27). Dieser Befund gilt auch für die subnationale Ebene (Kropp/Sturm 1998: 151).

Kritikpunkt 3: Die fehlende Erklärung der Bildung von Minderheitsregierungen und „übergroßen“ Koalitionen aufgrund der Annahme kleinstmöglicher Gewinnkoalitionen

Im Hinblick auf besondere institutionelle Gegebenheiten wurde auch das *minimal winning*-Kriterium der Koalitionsmodelle zunehmend in Frage gestellt. Bergman (1993: 58) argumentiert, dass die Annahme, dass Regierungskoalitionen über eine absolute Mehrheit an Parlamentssitzen verfügen müssten, nicht zutreffend sei, da in keiner parlamentarischen Demokratie ein solches Kriterium erforderlich wäre – vielmehr reiche es aus, dass eine absolute Mehrheit der Parteien im Parlament die Regierungskoalition *toleriere*. Die Koalitionstheorien hätten diesen institutionellen Punkt übersehen (Bergman 1993: 62).

Ein gravierenderer Kritikpunkt an der *minimal winning*-Annahme ist die daraus folgende Nichterfassung der häufig auftretenden Minderheitsregierungen und die fehlende Betrachtung von „übergroßen“ Koalitionen (Nolte 1988: 231). Minderheitsregierungen sind hierbei nicht konform mit der Annahme formalisierter Koalitionstheorien, dass die jeweiligen exekutiven Koalitionen identisch mit den legislativen Koalitionen sind – und müssen dies auch gar nicht sein (Strøm 1990a). Stellen Parteien die Durchsetzung politischer Inhalte über das Ziel der Ämtererlangung, so kann es bei entsprechender institutioneller Ausgestaltung für Parteien rational sein, der Regierung fern zu bleiben und aus der Opposition heraus den legislativen Prozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen (Strøm 1990a: 40f.). Darüber hinaus stellt die Regierungsbeteiligung zwar einen großen Anreiz für die Parteien dar, diese ist jedoch keine notwendige Bedingung dafür, die eigenen politischen Inhalte durchzusetzen. Befürchten Parteien, dass eine Regierungsbeteiligung sie bei den darauffolgenden Wahlen Stimmen kosten könnte oder dass die Gefahr innerparteilicher Verwerfungen in Folge der Regierungsbeteiligung bestehen könnte, so besitzen die Parteien einen Anreiz, auf die Regierungsbeteiligung zu verzichten (Jungar 2000: 50). Minderheitsregierungen entstehen darüber hinaus vor allem in politischen Systemen, in denen der Parteienwettbewerb durch eine hohe Polarisierung zwischen den Parteien, große Fragmentierung des Parteiensystems und einer hohen Volatilität des Wahlverhaltens geprägt ist, da in diesen Fällen bei den Parteien ein geringer Verhandlungswille und hohe Informationsunsicherheit vorherrschen (Dodd 1976: 68). Auch in wenig fragmentierten und stabilen Parteiensystemen können sich Minderheitsregierungen bilden. Hierzu müsste die Polarisierung zwischen den Parteien allerdings

eine so extreme Ausprägung annehmen, dass die politischen Akteure trotz der Informationssicherheit über das Verhalten der anderen Parteien keinerlei Verhandlungswillen aufbringen (Dodd 1976: 69).

Regierungskoalitionen können aber auch Koalitionsparteien enthalten, die für die Erreichung des Quorums der absoluten Mehrheit nicht notwendig sind. Solche „übergroßen“ Koalitionen (*oversized coalitions* beziehungsweise *surplus majority governments*⁵³) sind in europäischen Staaten keine Seltenheit, auch wenn sie den (meisten) dargestellten Koalitionsbildungsmodellen widersprechen. Aus der Sicht ämterorientierter, individueller Akteure erscheinen solche *surplus majority coalitions* als wenig rational, da die Anzahl der zu vergebenden Posten begrenzt ist, kaum in großem Maße erweitert werden kann, und bei Einbeziehung weiterer Parteien, und damit weiterer individueller Akteure, der Anteil der eigenen Partei an den zu vergebenden Ämtern schrumpft. Diese Irrationalität bleibt allerdings nur dann bestehen, solange man die Annahme des *office-seeking* von Parteien nicht lockert. Nimmt man hingegen an, dass Parteien sich bereits damit zufrieden geben, dass sie an der Regierung beteiligt sind und nicht danach streben, den eigenen Postenanteil so groß wie möglich werden zu lassen, so lassen sich auch *surplus majority coalitions* theoretisch rechtfertigen (Jungar 2000: 53).

Axelrods (1970) Theorie der *minimal connected winning coalition* stellt das erste Koalitionsbildungsmodell dar, das zumindest die Möglichkeit bietet, auch *surplus majority governments* zu prognostizieren. Nimmt man an, dass das Kriterium der „Verbundenheit“ zwischen den Koalitionsparteien gegenüber dem *minimal winning*-Kriterium überwiegt, so könnten auch „übergroße“ Koalitionen erklärt werden (Laver/Schofield 1998: 99). In vielen Fällen sind die Parteien einer Regierungskoalition nur dann miteinander ideologisch „verbunden“, wenn weitere Parteien in die Regierung aufgenommen werden, die die „ideologischen Lücken“ zwischen einzelnen Parteien füllen – die Regierungskoalition ist dann weiterhin *connected*, aber nicht mehr *minimal winning* (Dumont *et al.* 2011: 8).

53 Das Kriterium der *surplus majority* kann sich allerdings nicht nur auf die Anzahl der Parteien, sondern – mit Blick auf das *minimum winning*-Kriterium (Riker 1962), d. h. auf die Annahme, dass sich Koalitionen mit der geringsten Anzahl an Stimmen bzw. Mandaten über der absoluten Mehrheit bilden sollten – auch auf *surplus votes* beziehen (Jungar 2000: 28f.). Diese Unterscheidung ist jedoch nicht trennscharf, wie sich am Begriff der „großen Koalition“ in Deutschland zeigen lässt (Gross 2011). Nach dem Kriterium der *surplus votes* wäre eine Koalition aus CDU und SPD eine *surplus majority coalition*, da ein solches Bündnis über deutlich mehr Stimmen als für eine absolute Parlamentsmehrheit notwendig verfügt (vgl. die Ausführungen Juns 1994: 53). Allerdings bedeutet das Ausscheiden einer der beiden Parteien aus dieser Koalition für die Regierung den Verlust der parlamentarischen Mehrheit. „Große Koalitionen“ sollten deshalb als kleinstmögliche Gewinnkoalitionen angesehen werden.

Eine solche programmatische „Nähe“ zwischen den Koalitionsparteien erleichtert zwar den beteiligten Akteuren (sowohl den Parteien als Ganzes als auch den einzelnen Politikern) die Zustimmung zum Eingehen einer *surplus majority coalition*, da sich aufgrund des Fehlens großer programmatisch-ideologischer Distanzen die Verhandlungskosten zwischen den beteiligten Akteuren gering halten lassen (Jungar 2000: 55). Die programmatisch-ideologische Nähe stellt aber keine notwendige Bedingung für die Bildung „übergroßer“ Koalitionen dar (Jungar 2000: 365; Volden/Carrubba 2004). Sind die politischen Akteure vor allem an der Umsetzung politischer Inhalte interessiert und ist der Einfluss der Opposition auf die Gesetzgebung nur gering, so ist für jede einzelne Partei die Regierungsbeteiligung – und die damit einhergehende politische Gestaltungsmacht – rationaler als der Gang in die Opposition (Jungar 2000: 33, 61).

Darüber hinaus lassen sich auch Gründe dafür finden, weshalb Parteien ein Interesse daran haben können, eine Regierung zu bilden, die über mehr Partner als nötig verfügt. So ist dieses Vorgehen rational begründbar, wenn sich eine Regierungskoalition ansonsten nur auf eine knappe Parlamentsmehrheit stützen könnte. Die Einbeziehung zusätzlicher Parteien in eine Regierungskoalition kann einerseits die Glaubwürdigkeit der Gesetzesvorschläge erhöhen, da diese sich auf eine breitere parlamentarische Mehrheit stützen (Laver/Shepsle 1990a: 885), andererseits kann durch dieses Vorgehen auch eine Absicherung gegen ein mögliches Verfehlen der eigenen Mehrheit bei Parlamentsabstimmungen geschaffen werden (vgl. Carrubba/Volden 2000). Der Einfluss kleinerer Koalitionsparteien auf die Regierungsmehrheit verringert sich (Gallagher *et al.* 2011: 427) und die Regierungskoalition würde bei einem Ausscheiden eines kleineren Koalitionspartners aus der Regierung nicht ihre parlamentarische Mehrheit verlieren. Ein solches Vorgehen kann auch in der Schwäche der größten Regierungspartei begründet sein. Ein Verlust des großen Stimmenvorsprungs gegenüber einer (oder mehreren) weiteren Partei(en) oder der Verlust der zentralen Position im mehrdimensionalen Raum des Parteienwettbewerbs, und das damit einhergehende Abdriften an die Ränder, schwächt die Verhandlungsposition dieser Partei in den Koalitionsverhandlungen. Aus Sicht des (oder der) kleineren Koalitionspartner(s) erhöhen die Stimmen- und Mandatsverluste der Regierungspartei und die eventuelle theoretische Erweiterung etwaiger Koalitionsalternativen den Anreiz, eine *minimal winning coalition* zu verlassen. Mit einer solchen Situation konfrontiert, ist es für die stärkste Partei rational, den anderen Parteien eine *surplus majority coalition* vorzuschlagen, um sich nicht von einer Partei abhängig zu machen, die durch ein Ausscheiden aus der Koalition die Regierung zum

Scheitern bringen könnte (Crombez 1996: 2f., 17).⁵⁴ Darüber hinaus sind „über-große“ Koalitionen häufig notwendig, um mittels Zweidrittel- oder Dreiviertel-mehrheiten Verfassungsänderungen zu erreichen.

Des Weiteren werden sowohl institutionelle Voraussetzungen als auch Parteiensystemstrukturen zur Erklärung von *surplus majority coalitions* herangezogen (vgl. vor allem Jungar 2000, 2011; Kropp 2008). Vor allem in Staaten mit hochgradig fragmentierten Parteiensystemen kommt es immer wieder zu *surplus majority coalitions* (Kropp 2008: 524f.).⁵⁵ Allerdings tritt der Zusammenhang zwischen fragmentierten Mehrparteiensystemen und der Existenz von *surplus majority governments* nicht klar zu Tage. Ein Grund hierfür könnte sein, dass zu einer hohen Fragmentierung auch noch eine geringe Polarisierung und ein instabiler Parteienwettbewerb hinzukommen müssen. Ein wenig polarisiertes Parteiensystem fördert die Verhandlungsbereitschaft der Parteien, eine gemeinsame Regierung zu bilden; wegen der hohen Informationsunsicherheit über das Verhalten anderer politischer Akteure bilden sich jedoch vor allem „über-große“ Koalitionen (Dodd 1976: 68f.). Luebberts (1986) Schlussfolgerung, dass „über-große“ Koalitionen insbesondere dann auftreten, wenn es in einem fragmentierten Mehrparteiensystem eine „dominante“ Partei gibt, die den Parteienwettbewerb maßgeblich gestaltet, und diese Partei durch das Einbeziehen mehrerer Koalitionspartner ihre Regierung gegen etwaige „Erpressungsversuche“ einzelner Koalitionspartner abzusichern sucht, entspricht allerdings demselben Argumentationsmuster, das zur Erklärung von Ein-Parteien-Minderheitsregierungen verwendet wird (Jungar 2000: 21f.). Darüber hinaus können auch „Proporz- oder

54 Jungar (2000: 347, 365) sieht für die Beispiele Italien und Finnland die Kausalrichtung zwischen *surplus majority coalitions* und der Einbeziehung von „undisziplinierten Parteien“ allerdings als genau umgekehrt an: Die Koalitionspartner bilden *surplus majority coalitions* nicht, um sich gegen „undisziplinierte“ Koalitionspartner und den Verlust von parlamentarischen Abstimmungen abzusichern, vielmehr würden erst die Existenz von *surplus majority coalitions*, und die damit einhergehenden breiten parlamentarischen Mehrheiten, dazu führen, dass Parteien bei Abstimmungen auch einmal von der gemeinsamen Regierungslinie abweichen, in der Annahme, dass es für die Regierung dennoch zum Gewinn der Abstimmung reichen werde. Dadurch können sich gerade kleinere Parteien profilieren, ohne gleich die gesamte Regierung zu stürzen. Dies würden sie vor allem dann tun, wenn sie die Gewissheit haben, dass sich dieses Abweichen vom Regierungskurs nicht negativ auf ihr Wahlergebnis auswirken wird.

55 Die Existenz starker zweiter Kammern, die als potenzielle Vetospieler gegenüber dem Parlament wirken können, wurde ebenfalls als möglicher Erklärungsfaktor für das Auftreten von *surplus majority coalitions* angeführt (Lijphart 1984; Sjölin 1993) Hierfür gibt es allerdings keinen empirischen Beleg (Jungar 2000: 41; Volden/Carrubba 2004). Jungar (2000: 342; 2011) zeigt für verschiedene *surplus majority coalitions* in Finnland und Italien, dass eher politische Überlegungen der beteiligten Parteien (Machterwerb, Gewinn von Wählerstimmen, Durchsetzung politischer Inhalte) bei der Bildung von *surplus majority governments* eine Rolle spielten als die vermuteten notwendigen institutionellen Voraussetzungen.

Gerechtigkeitsvorstellungen“ (Kropp 2008: 519) dazu beitragen, dass „übergroße“ Koalitionen gebildet werden, beispielsweise um bestimmte ethnisch oder sprachlich unterschiedliche Gruppen in einer gemeinsamen Regierung angemessen repräsentieren zu können. All diese Punkte verdeutlichen, dass es sich bei *surplus majority coalitions* eindeutig um strategische Entscheidungen der politischen Akteure handelt (Jungar 2000: 364).

Kritikpunkt 4: Die Betrachtung einer einzigen für den Parteienwettbewerb relevanten Links-Rechts-Politikdimension

Die bedeutendste Ausweitung der Koalitionsmodelle wurde durch die Einbeziehung einer zweiten, ebenfalls den Parteienwettbewerb strukturierenden Politikdimension vollzogen. Diese mehrdimensionalen Modelle, die sich mit „Protokoalitionen“ (Grofman 1982), dem Konzept des *political heart* (Schofield 1993, 1995, 1996) oder *policy horizons* (Warwick 2000, 2005a, 2005b, 2006, 2013) beschäftigen, brachten die Koalitionsforschung ebenso einen Schritt voran wie koalitionstheoretische Ansätze, die die Verteilung von Ministerien (*portfolio allocation*) (Laver/Shepsle 1996) in den Blick nehmen oder *office-* und *policy-*Orientierungen der Parteien gleichzeitig in ein Modell miteinbeziehen (vgl. Linhart 2013 für einen Überblick).⁵⁶

Grofman (1982) modelliert den Koalitionsbildungsprozess im ein- aber auch im mehrdimensionalen Raum folgendermaßen: Die jeweiligen Akteure bzw. Parteien finden sich in einem ersten Schritt mit dem ideologisch am nächsten liegenden Partner zusammen und bilden eine „Protokoalition“. Dieser Prozess wiederholt sich solange, bis sich eine Mehrheitskoalition gebildet hat. Hierbei muss es sich aber nicht zwingend um eine *minimal winning coalition* handeln. Die Protokoalitionen können beispielsweise auch solange gebildet werden, bis sie ein erforderliches Kriterium zu Verfassungsänderungen erreicht haben (Grofman 1982). Je ideologisch kompakter Protokoalitionen sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Protokoalitionen auch die Regierung stellen (Warwick 2005a: 396).

Schofields (1993, 1995, 1996) *political heart*-Konzept bzw. die damit einhergehende Annahme einer *core party* stellt eines der ersten theoretischen Modelle zur Erklärung von Koalitionsbildungen in mehrdimensionalen Räumen dar. Verkürzt zusammengefasst existiert in Schofields Modell eine Gleichgewichtsmenge (das *political heart*), die sich aus der Analyse der *policy*-Positionen der Parteien und den jeweiligen Mehrheitskoalitionen ergibt. Einen *core* gibt es

⁵⁶ Für eine allgemeine Kritik mehrdimensionaler Modelle mit Blick auf praktische und theoretische Probleme siehe De Winter und Dumont (2006: 178).

(jedoch sehr selten) dann, wenn das *political heart* nur aus einem einzigen Punkt besteht (Schofield 1995: 252). Diejenige Partei, die sich an diesem Punkt befindet (*core party*), kann aus einer Gewinnkoalition kaum ausgeschlossen werden und besitzt damit eine starke Position bei Koalitionsbildungsprozessen.⁵⁷ Dies liegt insbesondere daran, dass die *core party* im zweidimensionalen Politikraum immer die Partei mit den meisten Sitzen ist, weshalb Einparteienminderheitsregierungen wahrscheinlich sind (Schofield 1993).

Warwick (2000, 2005a, 2005b, 2006, 2013) geht davon aus, dass die Neigung von Parteien, politische Kompromisse mit anderen Parteien einzugehen, nicht linear abnimmt, je weiter der vorgeschlagene Kompromiss vom Idealpunkt der Partei entfernt liegt. Sein Modell der *policy horizons* beruht vielmehr auf der Annahme, dass Parteien einen Politikhorizont haben, über dessen Grenzen hinaus sie keine Kompromisse bzw. Koalitionen mit anderen Parteien eingehen werden, wenn diese zu weit vom Idealpunkt der Partei entfernt liegen. Sowohl die Parteispitze als auch die jeweiligen Mitglieder und Anhänger legen besonderen Wert darauf, dass die politischen Inhalte von Koalitionspartnern nicht zu sehr divergieren, wobei die Parteimitglieder der Parteiführung bei den Koalitionsverhandlungen aber gewissen Spielraum bei der Formulierung der parteieigenen Politikpräferenzen lassen. Dennoch gilt bei der These der *policy horizons*, dass die Parteimitglieder lieber in die Opposition gehen als eine Regierungspolitik zu akzeptieren, die ihre „Toleranzgrenze“ hinsichtlich der Politikinhalte überschreitet (Warwick 2013: 62). Folglich sollten sich nur Koalitionen bilden, bei denen sich die *policy horizons* der beteiligten Koalitionspartner „überlappen“. Je größer die „Überlappung“ der *policy horizons* potenzieller Koalitionspartner, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie eine Regierungskoalition bilden (Warwick 2006: 10).⁵⁸

Laver und Shepsle (1996) sehen bei ihrem Portfolio-Allokations-Modell die Entscheidungsgewalt zur Durchsetzung von politischen Inhalten vor allem bei der Exekutive. Die Minister würden in ihrem Bereich über uneingeschränkte Entscheidungsgewalt verfügen und werden deshalb als *policy dictators* angesehen.⁵⁹ Der Portfolio-Allokations-Ansatz geht einher mit dem Konzept der „star-

57 Zur weiteren Unterscheidung in *dominant core party* und *weak core party* siehe Schofield (1993).

58 Hierbei besteht auch ein Zusammenhang zwischen der Wahrscheinlichkeit von Protokoalitionen (Grofman 1982), die nächste Koalitionsregierung zu stellen, und den sich „schneidenden“ *policy horizons* (Warwick 2005a: 401). Als Konsequenz daraus hält Warwick (2005a: 401) fest: „It appears that much of the influence normally attributed to policy distance, the key ingredient in most conceptions of party utility, more properly belongs to this factor (Protokoalitionen; M.G.)“.

59 Für eine detaillierte Kritik an der Laver-Shepsle-Annahme, dass die Minister in ihren Zuständigkeitsbereichen über „diktatorische“ Machtbefugnisse verfügen würden, siehe De Winter (2002:

ken“ (*merely strong*) und „sehr starken“ (*very strong*) Parteien. Solche Parteien würden den Regierungsbildungsprozess dominieren und eine größere Wahrscheinlichkeit als andere Parteien besitzen, in die Regierung zu gelangen (Laver/Shepsle 1996: 69, 184). „Starke“ Parteien sind aufgrund ihres Sitzanteils und ihrer programmatisch-ideologischen Position im Parlament in der Lage, jede Regierungskoalition, an der sie nicht beteiligt sind, durch ein Veto zu verhindern. „Sehr starke“ Parteien sind auf allen relevanten Politikdimensionen die Median-Partei und können deshalb Einparteienregierungen bilden, die für jeden Politikvorschlag eine Parlamentsmehrheit bekommen. Empirisch zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit einer Regierungsbeteiligung von „starken“ Parteien kaum größer ist als von anderen Parteien, während „sehr starke“ Parteien eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit besitzen, in Koalitionsregierungen vertreten zu sein (oder sogar in Alleinregierungen) (Martin/Stevenson 2001: 46f.). Das Portfolio-Allokations-Modell trägt damit (im Verbund mit Vorwahlallianzen und dem Vorteil amtierender Koalitionen zur erneuten Koalitionsbildung) zu einer deutlichen Verbesserung der Koalitionsbildungsmodelle gegenüber reinen *office-* und *policy-*orientierten Modellen bei (Martin/Stevenson 2001: 47).

Mit Ausnahme von Seneds (1995, 1996) Koalitionsbildungsmodell befassen sich alle bisherigen Koalitionsbildungstheorien zwar mit der *office-* und der *policy-*Orientierung von Parteien, allerdings nur getrennt voneinander (vgl. jedoch Shikano/Linhart 2010 für eine Analyse deutscher Landesregierungen). Sie müssen daher bei der Gegenüberstellung zur politischen Wirklichkeit als „unterkomplex“ angesehen werden (Linhart 2009: 181; für weitere Koalitionsbildungsmodelle siehe Linhart 2013). Für die Koalitionsbildung auf Bundesebene liefert die gleichzeitige Einbeziehung beiderlei Motivationen der Parteien jedoch nur ein durchschnittliches Ergebnis: Seneds (1995, 1996) Modell bietet weniger „richtige“ Vorhersagen als die *office-seeking*-Koalitionsbildungsmodelle, allerdings aus einer weitaus geringeren Anzahl an potenziellen Koalitionsoptionen (Linhart 2009: 215f.). Die geringere Prognosekraft ist demnach der deutlich höheren Prognoseeffizienz geschuldet.

Kritikpunkt 5: Die fehlerhafte Annahme, dass alle Parteien für die Koalitionsbildung gleichermaßen relevant wären

Nicht jede Partei in einem Parlament hat die gleichen Chancen, an der zukünftigen Regierung beteiligt zu werden. Im Hinblick auf den Regierungsbildungsauftrag hat insbesondere die Partei mit den meisten Wählerstimmen die größten

180) sowie Dunleavy und Bastow (2001). Zur Kritik an weiteren theoretischen Annahmen im Portfolio-Allokations-Modell siehe Dunleavy und Bastow (2001).

Chancen, als erstes als *formateur* (vom Staatspräsidenten, Monarchen etc.) ausgewählt zu werden (Austen-Smith/Banks 1988; vgl. kritisch hierzu Diermeier/Merlo 2004 und Warwick 1996). Die Annahmen von Austen-Smith und Banks (1988) basieren hierbei auf nicht-kooperativen Spielen der Koalitionsbildung. Die Annahme, dass die stimmenstärkste Partei als erstes den Regierungsauftrag erhalten wird, ist größtenteils auch identisch mit van Deemens (1989) Erklärung zu kooperativen Spielen der Koalitionsbildung, in denen eine „dominante“ Partei kaum vom Regierungsbildungsprozess ausgeschlossen werden kann (Bäck/Dumont 2008: 356). Der *formateur* hat eine besonders starke Verhandlungsmacht bei den Koalitionsgesprächen (Bäck/Dumont 2008; Baron/Diermeier 2001; Baron/Ferejohn 1989). Neben der reinen Größe einer Partei (Anteil an Wählerstimmen) spielen ebenfalls die Erfahrungen einer Partei in vorherigen Regierungen und die (am besten zentrale) ideologische Positionierung eine entscheidende Rolle, um als *formateur* ausgewählt zu werden (Bäck/Dumont 2008: 367; Warwick 1996: 487). Je größer der Stimmenanteil der *formateur*-Partei ist, desto geringer sind die Wahrscheinlichkeiten für andere Parteien, überhaupt an der Regierung beteiligt zu werden (Warwick 1996: 488; Warwick 1998).⁶⁰ Bekommt die stimmenstärkste Partei allerdings *nicht* als erste Partei den Regierungsauftrag, dann sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass sie überhaupt an der zukünftigen Koalitionsregierung beteiligt wird, deutlich (Warwick 1996: 488).⁶¹

Die *formateur*-Partei besitzt dabei auch Anreize, weitere Parteien, die ihr nicht unbedingt programmatisch nahe stehen müssen, in die Regierungskoalition aufzunehmen.⁶² Ist eine *formateur*-Partei längerfristig an der Regierungsbeteiligung interessiert, aber mit großen politischen, eventuell sogar gesellschaftlich umstrittenen Herausforderungen konfrontiert, so sieht sie sich der Gefahr ausgesetzt, dass ihre größten politischen Gegner aus der Opposition heraus die Regierungsmaßnahmen scharf kritisieren und damit Wählerstimmen gewinnen könnten (Andeweg 2011: 202). Durch die Einbeziehung dieser Parteien in eine ge-

60 Der *formateur* hat darüber hinaus auch deutliche Vorteile gegenüber den Koalitionspartnern bei der Vergabe von Regierungssämtern (Ansolabehere *et al.* 2005).

61 Isaksson (2005: 340) zeigt allerdings, dass die stimmenstärkste Partei zwar eine höhere Wahrscheinlichkeit besitzt, den Regierungschef zu stellen; gelingt ihr dies allerdings nicht, so hat die Partei eine geringere Wahrscheinlichkeit als andere Parteien, überhaupt Mitglied der Regierungskoalition zu werden. Stimmen- beziehungsweise sitzstarke Parteien, die nicht in eine Koalition aufgenommen werden, sind meistens (1) der größte Wahlverlierer, (2) haben wenig Regierungserfahrung, (3) sind selten die Median-Partei und (4) haben in einigen Fällen eine extreme Ideologie (Isaksson 2005: 342f.).

62 Vgl. Tsebelis und Ha (2014) dazu, dass die zentrale ideologische Positionierung einer Partei (im Vergleich zur *formateur*-Partei) hauptsächlich dann einen Vorteil darstellt, wenn die institutionellen Regelungen der Regierung nur geringe *agenda setting power* zugestehen.

meinsame Regierungskoalition sichert sich die *formateur*-Partei gegen diese Gefahr ab und macht die politischen Gegner für die Regierungsentscheidungen mitverantwortlich (Jungar 2000: 63). Damit gibt es aus dem Blickwinkel der politischen Akteure wiederum rationale Gründe, *surplus majority coalitions* zu bilden.

Laver und Shepsle (2000) kritisieren hingegen, dass viele Modelle zur Erklärung der Koalitionsbildung davon ausgehen würden, dass jede einzelne Partei in der Lage wäre, die Regierung alleine zu übernehmen. Die Größe der Partei würde damit unterschätzt werden, denn „(...) some parties will simply be 'too small' (...)“, um die alleinige Regierungsverantwortung zu übernehmen, aber sie könnten dennoch groß genug sein, um eine entscheidende Rolle im Koalitionsbildungsprozess zu spielen (Laver/Shepsle 2000: 123). Ist der Parteienwettbewerb durch eine Konzentration auf zwei stimmen- bzw. sitzstarke Parteien geprägt, so dominieren diese Parteien den Koalitionsbildungsprozess, da zumindest eine von beiden Parteien in der zukünftigen Regierung vertreten sein wird (Jun 1994: 69). Die rechnerisch möglichen Koalitionsoptionen sind folglich begrenzter als in Parteiensystemen mit einer größeren Anzahl ungefähr gleichstarker Parteien (Jun 1994: 69). Isaksson (2005: 354) zeigt, dass die absolute Größe einer Partei die Wahrscheinlichkeit für die Teilnahme an der nächsten Regierung stärker beeinflusst als die Veränderung des Stimmenanteils dieser Partei. So können Parteien auch trotz einiger Verluste bei einer Wahl an der nächsten Regierung beteiligt werden, solange sie noch genügend Wählerstimmen auf sich vereinen konnten, um eine gewisse „kritische Masse“ an Parlamentssitzen zu erreichen. Die Ergebnisse von Martin und Stevenson (2010) deuten allerdings darauf hin, dass dies nur dann gelten kann, wenn wiederum die potenziellen Koalitionspartner dieser Partei Stimmen- und Sitzgewinne verbuchen können (vgl. auch Mattila/Raunio 2004).

Darüber hinaus kann gerade in fragmentierten und polarisierten Parteiensystemen nicht unbedingt allen im Parlament vertretenen Parteien eine „allgemeine Koalitionsfähigkeit“ zugeschrieben werden (Jun 1994: 48). Einerseits werden insbesondere „Antisystemparteien“ und „Protestparteien“ häufig von den anderen Parteien bei der Koalitionsbildung von vornherein ausgeschlossen (Segmentierung des Parteiensystems), andererseits können rechnerisch mögliche Koalitionsoptionen aufgrund „prinzipieller“ oder „taktischer“ Erwägungen, oder auch wegen persönlicher Differenzen zwischen den politischen Akteuren, ausgeschlossen werden (Jun 1994: 48f.). Demzufolge gilt: Nicht jede Koalition, die

rechnerisch möglich ist, ist auch politisch gewollt (Pridham 1986b: 16).⁶³ Geys *et al.* (2006) zeigen für die lokale Koalitionsbildung in Flandern, dass aufgrund des Ausschlusses des rechtsextremen „Vlaams Blok“ aus dem Koalitionsspiel die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sich *minimal winning coalitions* oder sogar *minimum winning coalitions* bilden.

Kritikpunkt 6: Das Außerachtlassen der Bedeutung von Vorwahlallianzen, Koalitionssignalen und den Koalitionspräferenzen der Wähler

Die theoretisch mögliche Anzahl an Koalitionsoptionen nach einer Wahl wird in vielen Staaten durch die Bildung von Vorwahlallianzen oder durch das (Nicht-)Senden von Koalitionssignalen weiter eingeschränkt bzw. die (bedingten) Wahrscheinlichkeiten bestimmter Koalitionen unterliegen bereits vor der Bekanntgabe der Wahlergebnisse Veränderungen (Carroll/Cox 2007; Debus 2007, 2009; Decker 2009a, 2013; Decker/Best 2010; Golder 2005, 2006a, 2006b; Ibenskas 2015). Golders Begriff der *pre-electoral coalitions* umfasst sowohl Vorwahlallianzen, bei denen Parteien mit einer gemeinsamen Liste und/oder gemeinsamen Kandidaten antreten, als auch konkrete Koalitionsaussagen der Parteien, dass sie nach der Wahl gemeinsam die Regierung bilden möchten (Golder 2005: 652; 2006a, 2006b). Für Bräuninger und Debus (2008: 318) stellt „[e]ine mögliche Koalition (...) dann eine ‚Vorwahlallianz‘ dar, wenn alle an dieser Koalition beteiligten Parteien vor der Wahl ihre Präferenz zur Bildung eben dieser Koalition artikuliert haben“.⁶⁴

Die im Vorhinein getroffenen Koalitionsaussagen haben einen starken Effekt auf die spätere Koalitionsbildung: Erreichen diejenigen Parteien, die sich vor der Wahl für eine gemeinsame Koalition ausgesprochen haben, bei der Wahl eine Mehrheit im Parlament, so bilden sie in den meisten Fällen auch ein gemeinsames Bündnis (Laver/Schofield 1998: 204-206). Positive Koalitionssignale einer Partei in Richtung eines potenziellen Koalitionspartners erhöhen damit die Wahrscheinlichkeit einer gemeinsamen Regierungsbildung (Debus 2009; Martin/Stevenson 2001: 46), insbesondere, wenn es sich um symmetrische Koalitionssignale handelt, d. h. beide (oder mehrere) Parteien äußern den Wunsch, dass sie miteinander koalieren möchten, während es für das Ausschließen einer Koali-

63 Laver (1986: 462) wendet hiergegen allerdings zu Recht ein, dass *a priori* formulierte Koalitionsbildungsmodelle diesen Punkt nicht miteinbeziehen können und die Ausschließung einzelner, rechnerisch möglicher, politisch aber nicht durchsetzbarer Koalitionen länderspezifischen Fallstudien überlassen werden muss.

64 Zu einer möglichen Unterscheidung zwischen den Begriffen „Koalitionsaussage“ und „Koalitionssignal“ siehe Decker (2009a) sowie Decker und Best (2010). Zur Verwendung von Koalitionsaussagen in Bundestagswahlkämpfen siehe Schubert (2013).

tionsoption bereits genügt, wenn eine Partei ein negatives Koalitionssignal sendet (Decker/Best 2010: 168; Linhart 2007: 471f.).⁶⁵ Schließen Parteien bereits vor der Wahl einzelne andere Parteien als mögliche Koalitionspartner explizit aus, dann werden diese Koalitionen nach der Wahl auch signifikant seltener gebildet (Debus 2009; Martin/Stevenson 2001: 46).

Die Koalitionssignale müssen aber nicht einmal explizit und öffentlich von den Parteien geäußert werden. So gibt es gerade in fragmentierten und polarisierten Parteiensystemen Koalitionskonstellationen, die von vorneherein aufgrund großer programmatisch-ideologischer Distanzen als politisch nicht machbar gelten, die Parteien eine solche Option demnach auch nicht explizit ausschließen müssen (Decker/Best 2010: 168; Niedermayer 2008a: 24). Darüber hinaus bedarf es bei Regierungskoalitionen, die im Wahlkampf gemeinsame Regierungserfolge herausstreichen, oftmals keines expliziten Koalitionssignals, da auch so deutlich wird, dass die jeweiligen Parteien gerne auch nach der Wahl wieder miteinander die Regierungsverantwortung übernehmen möchten (Decker/Best 2010: 168). Gerade letzter Punkt lenkt erneut den Blick auf die fehlende Einbeziehung von früherem Koalitions Handeln bei vielen formalisierten Koalitionsbildungsmodellen.

Koalitionen sollten darüber hinaus auch (zumindest in Teilen) der eigenen Wählerschaft überzeugend vermittelt werden können. Die Koalitionspräferenzen der eigenen Wähler sollten deshalb von den Parteiführungen bei der Sondierung von Koalitionspartnern miteinbezogen werden (Jun 2007; Kropp/Sturm 1998). Der Einfluss von Koalitionspräferenzen der Wähler auf die Koalitionsbildung wird jedoch erst in jüngster Zeit, und bisher auch nur für die deutschen Bundesländer, in den Blick genommen (vgl. Debus/Müller 2013b): So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit potenzieller Koalitionen, wenn diese von einer Mehrheit der Wähler präferiert werden, selbst dann, wenn für die „klassischen“ Variablen der Koalitionsforschung kontrolliert wird.⁶⁶

Kritikpunkt 7: Die Infragestellung der „unitary actor assumption“

Sowohl bei den „klassischen“ Theorien der Koalitionsbildung als auch bei den mehrdimensionalen Koalitionsbildungsmodellen wird eine der grundlegenden Annahmen zunehmend in Frage gestellt: die Annahme, dass Parteien im Koalitionsbildungsprozess einheitlich handeln würden und daher als unitarische Akteu-

65 Bei neutralen Koalitionssignalen handelt es sich um allgemeine, unverbindliche oder nicht vorhandene Aussagen (Decker/Best 2010: 168).

66 Zu den Faktoren, die wiederum die Koalitionspräferenzen von Wählern in den deutschen Bundesländern beeinflussen, siehe Debus und Müller (2012).

re angesehen werden könnten. Parteienspaltungen geschehen entweder *vor* dem Eintreten in eine Koalition oder *nach* Verlassen der Regierung, aber nicht während der Regierungszeit. Die Annahme einheitlich handelnder Akteure wird deshalb aufrechterhalten, weil die Parteien als einheitlicher Block in eine Koalition eintreten oder diese wiederum als gesamte Partei verlassen (Laver/Schofield 1998: 15). Innerparteiliche Auseinandersetzungen über den Gang in die Regierung oder bei der Auswahl von potenziellen Koalitionspartnern werden damit allerdings außer Acht gelassen. Deswegen wird die *unitary actor assumption* nach und nach in Frage gestellt (Giannetti/Benoit 2009: 4; vgl. auch Maor 1998; Pridham 1984: 225; Pridham 1986b: 21). Insbesondere das Verhältnis zwischen der Parteilite bzw. der Parteiführung und der Parteibasis bzw. den einfachen Parteimitgliedern rückt hierbei zunehmend in den Fokus (vgl. für den deutschen Kontext Switek 2013). So werden die Ziele der Parteilite und der Parteibasis nicht mehr zwingend als identisch angesehen. Es wird angenommen, dass vor allem die einfachen Parteimitglieder an einer konsequenten Umsetzung politischer Inhalte und weniger am Ämter- oder Stimmengewinn interessiert sind als beispielsweise die Parteiführer und die Parlamentsabgeordneten, die zum einen in den Genuss von Ämtern gelangt sind und zum anderen auch aufgrund ihres politischen Tagesgeschäfts die Notwendigkeiten politischer Kompromissbildung kennen (Pedersen 2012: 391). Daraus ergibt sich, dass Parteien, die weniger von Funktionären und mehr von den einfachen Mitgliedern bestimmt werden (sich damit durch einen höheren Grad an innerparteilicher Demokratie auszeichnen) eher an der Durchsetzung politischer Inhalte als am Ämtererwerb interessiert sind und damit eine geringere Bereitschaft aufweisen, politische Kompromisse (oder Koalitionen) einzugehen, um in Ämter zu gelangen (Bäck 2008, 2009; Pedersen 2010; Pedersen 2012: 898). *Office* und *policy* sind zwar die beiden wichtigsten Motivationsgründe für Parteien und ihre Akteure, allerdings unterscheiden sich diese Prioritäten zwischen einzelnen Parteien (Ström 1990a: 40). Vor allem größere und in der politischen Mitte beheimatete Parteien sind eher *office*- als *policy*-orientiert (Pedersen 2012: 906).

Mit Blick auf die Parteispitze argumentiert Luebbert (1986), dass die jeweiligen Parteiführer danach streben würden, ihren Parteivorsitz zu behalten (ein Ziel, das am ehesten durch einen Erfolg bei den nächsten Wahlen zu erreichen wäre) und damit oftmals mehr mit den Parteiführern anderer Parteien gemein haben würden als mit der eigenen Parteibasis und deren politischen Vorstellungen.⁶⁷

67 Einschränkung hierzu allerdings Ström (1990b: 574; Hervorhebung im Original): „However, this predominance of office motivation is not absolute. After all, voters are presumed to be policy seekers, and party leaders are no less concerned with policy than ordinary voters. On the contrary, party leaders are typically more policy motivated than the average voter, since only

Damit wendet er sich gegen Axelrods (1970) *minimal connected winning coalition* und prognostiziert, dass sich eher Koalitionen aus Parteien bilden, deren inhaltlichen Vorstellungen sich nicht überschneiden, die sich folglich gegenseitig keine Konkurrenz bei den späteren Wahlen machen, sondern sich sogar ergänzen könnten (Laver/Schofield 1998: 109; Luebbert 1986).

Parteiführer ziehen bei den Koalitionsverhandlungen auch die Auswirkungen möglicher Konflikte zwischen den Parteien (*inter-party conflicts*) und innerhalb der eigenen Partei (*intra-party conflicts*) auf den erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen in Betracht. Die Analyse der zwischen- und innerparteilichen Konflikte wird als wesentlich für die Erklärung von Koalitionen angesehen (Mintz 1995: 339; vgl. auch Laver 1986: 35f.). Müssen Parteiführer nicht mit innerparteilichen Konflikten kämpfen, so können sie ohne Ein- und Beschränkungen in die Koalitionsverhandlungen eintreten (Mintz 1995: 340). Sehen sich Parteiführer internen Parteirivalen gegenüber, die einzelne Gruppierungen hinter sich wissen, so bilden sich kaum Minderheitsregierungen oder *minimum winning coalitions*, sondern Bündnisse, die deutlich über der erforderlichen absoluten parlamentarischen Mehrheit liegen (Mintz 1995: 340f.). Parteiführer werden es zum einen vermeiden, Koalitionen zu bilden, bei denen sie auf die Stimmen ihrer parteiinternen Rivalen angewiesen sind, zum anderen kann durch die Einbeziehung zusätzlicher Parteien in die Regierungskoalition und mittels der Postenvergabe an Politiker aus diesen Parteien das Ämterstreben der Parteirivalen begrenzt werden (Mintz 1995: 340). Diese Sichtweise kann folglich auch als Erklärungsansatz für die Bildung von *surplus majority coalitions* gelten.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass je fraktionalisierter eine Partei ist, desto seltener unternimmt sie Koalitionsbildungsversuche (Druckman 1996: 403) und desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie an der Regierung beteiligt wird (Bäck 2009: 55). Es wird angenommen, dass Parteien, in denen es bereits über einzelne politische Themen Auseinandersetzungen gibt, diese auch bei der Wahl des Regierungspartners zu innerparteilichen Konflikten neigen, und diese Konflikte von potenziellen Koalitionspartnern registriert werden und der Partei eine zu geringe Parteidisziplin und ein gewisses Maß an Unzuverlässigkeit zugeschrieben wird (Bäck 2009: 55f.). Für Mintz (1995: 341) führt die Lockerung der Annahme unitarischer Akteure sogar dazu, dass beispielsweise nicht mehr programmatisch-ideologische Distanzen zwischen potenziellen Koalitionspartnern den Koalitionsbildungsprozess strukturieren, sondern dass inner- und zwischen-

policy-oriented individuals will hold leadership positions in the first place. This is because leaders tend to be recruited from the ranks of party officers and activists, who have been self-selected on the basis of policy motivation“.

parteiliche Konflikte, und deren Antizipation sowie der Umgang mit diesen, die „entscheidende Dimension“ bei der Bildung von Koalitionen darstelle.

Mit Blick auf die Erklärung von „über großen“ Koalitionen führt die Lockerung der Annahme von Parteien als einheitlich handelnden Akteuren dazu, dass es für Parteien rationale Beweggründe geben kann, *surplus majority coalitions* einzugehen. In einigen Koalitionskonstellationen kann es innerhalb von Parteien zu Verwerfungen zwischen einzelnen Parteigruppierungen über die anzustrebenden Regierungsbündnisse kommen, sodass die jeweiligen Parteiführungen den möglichen Koalitionspartnern nicht garantieren können, dass die Abgeordneten ihrer Partei die Regierung bei allen parlamentarischen Abstimmungen unterstützen werden. Es besteht demnach für die Parteiführungen der Anreiz, zur Absicherung der eigenen parlamentarischen Mehrheit weitere Koalitionspartner in die Regierung mitaufzunehmen (Jungar 2000: 42f.). Allerdings bleibt es weiterhin zu ergründen, weshalb solche, durch innerparteiliche Differenzen gekennzeichneten, Parteien überhaupt an Regierungen beteiligt werden, wenn sie doch als „unsichere Kantonisten“ gelten müssen (Jungar 2000: 43).

Betrachtet man allgemein die nationalen Parteien und ihre regionalen und lokalen Ableger, so lässt sich hier die Annahme unitarischer Akteure ebenfalls nicht weiter aufrechterhalten (Downs 1998). So unterscheiden sich beispielsweise in den deutschen Bundesländern die programmatischen Positionen der Landesparteien von den Positionen der Bundesparteien (Bräuninger/Debus 2012; Debus 2008a, 2008c). Sollten sich die Koalitionspräferenzen zwischen den einzelnen Parteiebenen unterscheiden, so können bei anstehenden Koalitionsverhandlungen in Mehrebenensystemen nicht nur „horizontale, zwischenparteiliche“ Konflikte auftreten, sondern auch „vertikale, innerparteiliche“ Auseinandersetzungen (Downs 1998: 32; Kropp *et al.* 2002: 13; Pridham 1986b: 21). Die große Vielfalt unterschiedlicher Koalitionsbündnisse auf Bundesländerebene im Vergleich zur Bundesebene ist ebenfalls ein Hinweis dafür, dass die Annahme von Parteien als unitarischen Akteuren über alle Parteiebenen hinweg nicht zutrifft (Downs 1998: 32). Darüber hinaus können Debus und Müller (2013b: 1021) zeigen, dass der Einfluss der nationalen Parteiführungen auf die subnationale Koalitionsbildung vor allem dann sehr groß ist, wenn die Mehrheit der Wähler in einem Bundesland eine Koalition bevorzugt, die sich aus Regierungs- und Oppositionsparteien der Bundesebene zusammensetzen würde. Die nationale Parteiführung setzt gegenüber der jeweiligen Landespartei durch, dass eine solche *cross-cutting coalition* nicht gebildet wird.

Mit der Kritik an der Annahme von Parteien als einheitlich handelnden Akteuren geht auch die Kritik an der Annahme, dass diese Akteure über vollständige

Informationen verfügen würden, einher (Mellors/Brearey 1986: 278). Laver und Shepsle (1996: 25) wenden hiergegen allerdings ein, dass der kleine Kreis an Politikern, der an Koalitionsverhandlungen beteiligt ist, tatsächlich sehr gut über die politischen Vorstellungen der jeweiligen Verhandlungspartner informiert sei. Damit könne die Annahme von Parteien als einheitlichen Akteuren für die Erklärung der *Kabinettsbildung* durchaus akzeptiert werden. Benoit und Giannetti (2009: 230f.) argumentieren, dass sich auch im Hinblick auf innerparteiliche Spannungen die *unitary actor assumption* aufrechterhalten lasse, denn in Folge von großer Parteidisziplin oder sogar ausgeübtem Parteizwang könnten parteipolitische Akteure nach außen hin als homogen auftreten.

Subnationale Koalitionsbildungsprozesse in Mehrebenensystemen

Trotz dieser Vielzahl an Kritikpunkten sollte einerseits auf eine Anwendung der frühen Koalitionstheorien nicht verzichtet werden, denn „(...) we should not expect too much from the confrontation between theories that deal with coalition formation and the formation of real government coalitions in Western Europe. Such a confrontation is far more productive if it is seen as a heuristic exercise rather than a scientific test“ (Laver/Schofield 1998: 90). Andererseits lässt sich durch die Weiterentwicklungen der Modelle und Theorien in den letzten Jahren ein immer größerer Anteil an Koalitionsbildungsprozessen erklären und prognostizieren. Lag der Fokus zunächst auf *office-seeking*- und (ca. ein Jahrzehnt später) auf *policy-seeking*-Modellen, so wurden nach und nach auch *vote-seeking*-Anreize der Parteien integriert. Ebenso wurde der Fokus einerseits vermehrt auf institutionelle und kontextuelle Faktoren (z. B. Strukturen des Parteiensystems) gelegt, andererseits werden in den letzten Jahren auch zunehmend behavioralistische Faktoren (z. B. amtierende Regierungen, Vorwahlallianzen und Koalitionsaussagen) in die Analyse mitaufgenommen.

Nichtsdestotrotz blieb als gewichtiger Nachteil der Koalitionsforschung das „inestuöse“ Verhältnis zwischen Theorieentwicklung und Theorieprüfung (Laver 1989: 16) aufgrund der begrenzten Anzahl nationaler Koalitionsbildungsprozesse zunächst bestehen. Neben der Hinwendung zur Analyse lokaler Koalitionsbildungen (siehe unten) wurden deshalb in den letzten Jahren vor allem Koalitionsbildungen auf regionaler Ebene mehr in den Fokus genommen (vgl. u. a. Bäck *et al.* 2013; Debus *et al.* 2011; Klingelhöfer/Müller 2015; Ștefuriuc 2009a, 2009b, 2013). Hierbei wurden diverse Modelle auch auf die deutschen Bundesländer angewandt (Bräuninger/Debus 2008; Debus 2008a; Debus/Müller 2013b; Pappi *et al.* 2005; Pappi/Seher 2014; Shikano/Linhart 2010). Gerade innerhalb des deutschen Kontexts spielen die Implikationen der jeweiligen *policy*- und

office-Koalitionstheorien weiterhin eine bedeutende Rolle bei der Bildung von Landesregierungen:

„Die Chancen für kleine Gewinnkoalitionen und Koalitionen mit der sitzstärksten Partei sind weitaus höher als die für andere Koalitionen. (...) Je höher die inhaltliche Diversität einer Parteienkombination, desto unwahrscheinlicher ist deren tatsächliche Bildung. Dies gilt jedoch nur für die wirtschafts- und sozialpolitische Dimension. Programmatische Unterschiede in der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik haben hingegen keinen Einfluss.“ (Bräuninger/Debus 2012: 30)⁶⁸

So können bereits mit einigen wenigen *office*- und *policy-seeking*-Variablen sowie kontextuellen Faktoren (z. B. der Einfluss von Vorwahllianzen und der amtierenden Regierung) knapp drei Viertel aller Koalitionen auf Bundesländerebene erklärt werden (Bräuninger/Debus 2008). Potenzielle Koalitionen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, die spätere Landesregierung zu bilden, wenn es sich (a) um *minimal winning coalitions* handelt, (b) die stärkste Partei enthalten ist, (c) die ideologische Distanz zwischen den Koalitionspartnern gering ist, (d) es sich um die amtierende Regierungskoalition handelt, (e) die Koalition mit der Parteienzusammensetzung der Bundesregierung übereinstimmt, und (f) die jeweiligen Parteien bereits im Vorfeld der Wahl signalisiert haben, dass sie gemeinsam regieren möchten (Bräuninger/Debus 2008; vgl. auch Debus/Müller 2013b). Vor allem die beiden Variablen der *minimal winning coalition* und der stärksten Partei „könn[t]en deshalb geradezu als notwendige Bedingungen charakterisiert werden; angesichts der Vielzahl von solchen Koalitionen sind diese aber mitnichten hinreichend in ihrer Erklärungskraft“ (Bräuninger/Debus 2008: 330). Diese beiden Variablen haben auch bei der Analyse von regionalen Koalitionsbildungen in anderen europäischen Staaten einen statistisch signifikanten und positiven Einfluss (vgl. Bäck *et al.* 2013).

Durch den Fokus auf regionale Koalitionsbildungsprozesse können auch weitere Variablen zur Erklärung der Koalitionsbildung aufgenommen werden, die sich mit der speziellen Struktur von Mehrebenensystemen (wie im deutschen Fall) befassen: dem Vergleich zwischen regionaler und nationaler Koalitionsbildung sowie dem Unterschied zwischen regionalen und nationalen Parteiensyste-

68 Für den deutschen Parteienwettbewerb wird die gesellschaftspolitische Dimension mit den beiden Polen libertär-autoritär als ebenso strukturierend angesehen wie die wirtschafts- und sozialpolitische Dimension. Es zeigt sich auch, dass sich die Parteien in den deutschen Bundesländern bei ihren *policy*-Positionen nicht nur untereinander in den jeweiligen Bundesländern, sondern auch innerhalb einer Partei zwischen den Bundesländern programmatisch voneinander unterscheiden. Die Reihenfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Skala ist allerdings fast immer identisch mit der Reihenfolge der jeweiligen nationalen Parteiorganisationen (Müller 2009, 2013)

men. So werden die Muster der Koalitionsbildung auf regionaler Ebene mit den Koalitionskonstellationen auf nationaler Ebene hinsichtlich ihrer „Kongruenz“ verglichen (Ştefuriuc 2009a, 2009b, 2013). Der größte Konflikt zwischen den Ebenen sollte sich in Situationen ergeben, in denen beispielsweise Partei A auf nationaler Ebene mit Partei B eine Koalition bildet, auf regionaler Ebene Partei A jedoch mit Partei C koalitiert, es sich damit um eine „teilweise Inkongruenz“ handelt (Ştefuriuc 2009a, 2009b, 2013). Situationen von „vollständiger Kongruenz“ zwischen regionaler und nationaler Ebene sollten weniger konfliktgeladen sein (Ştefuriuc 2009a): Es kann nur dann zu Konflikten kommen, wenn innerhalb einer Parteiorganisation die Streitigkeiten zwischen regionaler und nationaler Parteiführung so groß sind, dass die regionale Parteiführung bei Verhandlungen im Mehrebenensystem lieber mit anderen Parteiführungen verhandeln möchte als mit der eigenen Parteiführung. Bei „vollständiger Inkongruenz“ sind die Verhandlungssituationen u. a. auch davon abhängig, ob die regionalen Koalitionsparteien auch im nationalen Parteienwettbewerb eine entscheidende Rolle spielen, beispielsweise als Veto-Spieler in einer zweiten Kammer (vgl. für Deutschland u. a. Bräuninger/König 1999; Fortunato *et al.* 2013; König 2001; Manow/Burkhart 2007).

Die Ergebnisse zeigen, dass potenzielle regionale Koalitionen, die nicht den jeweiligen nationalen Koalitionen entsprechen, signifikant weniger wahrscheinlich sind als Koalitionskonstellationen, die aus den nationalen Regierungsparteien bestehen (Bäck *et al.* 2013; Däubler/Debus 2009; Debus/Müller 2013b; Ştefuriuc 2009a, 2009b, 2013). Däubler und Debus (2009) betonen, dass regionale Koalitionen insbesondere dann signifikant weniger wahrscheinlich gebildet werden, wenn es sich um Koalitionen handelt, deren Mitglieder auf nationaler Ebene sowohl in der Regierung als auch in der Opposition vertreten sind (*cross-cutting coalitions*). Regionale Parteien haben damit einen Anreiz, Koalitionen entsprechend der nationalen Konstellationen zu bilden, um ihre Transaktions- und Verhandlungskosten in Mehrebenensystemen zu reduzieren (Ştefuriuc 2009a, 2009b, 2013). Zum anderen hat auch die Unterschiedlichkeit der regionalen und nationalen Parteiensysteme einen signifikanten Einfluss für die Koalitionsbildung auf regionaler Ebene.⁶⁹ Je mehr die Wahlentscheidung der Wähler auf regionaler Ebene vom Verhalten nationaler politischer Akteure beeinflusst wird (Denters 1985), desto weniger werden auf regionaler Ebene Koalitionen gebildet, die dem Muster der amtierenden Regierungskoalition auf nationaler Ebene widerspricht (Bäck *et al.* 2013). Zusammenfassend zeigen die Analysen regionaler Koaliti-

69 Vgl. hierzu vor allem die Ausführungen zu elektoralen *constraints* bei der kommunalen Koalitionsbildung in Kap. 3.1.

onsbildung, dass die Hauptvariablen zur Erklärung nationaler Koalitionsbildungsprozesse (kleinste Gewinnkoalitionen, Einbeziehung der stärksten Partei, Vorteil für amtierende Regierungen, Reduzierung der ideologischen Distanz innerhalb einer Koalition) auch für die regionale Ebene Gültigkeit besitzen.

Die zur Erklärung nationaler Koalitionsbildungsprozesse entwickelten Koalitionstheorien lassen sich auch auf die lokale Ebene übertragen.⁷⁰ So gibt es empirische Analysen zu Koalitionsbildungsprozessen in Belgien (Geys *et al.* 2006; Olislagers/Steuyvers 2015), Brasilien (Peterson 1970), Dänemark (Serritzlew *et al.* 2008, 2010; Skjæveland *et al.* 2007), Großbritannien (Laver *et al.* 1987, 1998), den Niederlanden (Denters 1985; Steunenberg 1992), Norwegen (Gravdahl 1998; Martinussen 2002), Portugal (Camões/Mendes 2009) und Schweden (Bäck 2003a, 2003b, 2008, 2009).⁷¹ Insgesamt zeigen die verschiedenen Analysen, dass die jeweiligen Erklärungsfaktoren der lokalen Koalitionsbildung in noch größerem Maße *country-sensitive* sind als dies bereits auf nationaler und regionaler Ebene der Fall ist. Während beispielsweise in den Niederlanden die theoretischen Ansätze zum „dominanten“ bzw. „zentralen“ Spieler die meiste Erklärungskraft aufweisen (Steunenberg 1992), spielen in Schweden sowohl *office-* als auch *policy-seeking*-Faktoren eine zentrale Rolle (Bäck 2003a, 2003b). Im dänischen Fall lassen sich ebenfalls *office-* und *policy-seeking*-Faktoren als Determinanten lokaler Koalitionsbildung nachweisen (Skjæveland *et al.* 2007). Im Gegensatz zu Warwicks These der *policy horizons* wird Laver und Shepsles Portfolio-Allokations-Modell in Dänemark bestätigt (Serritzlew *et al.* 2010).

Für diese sehr unterschiedlichen empirischen Ergebnisse ist zum einen die unterschiedliche Ausgestaltung des institutionellen Arrangements auf der jeweiligen lokalen Ebene ursächlich. So ergeben sich verschiedene Definitionen dafür, was auf der lokalen Ebene als „funktionale Äquivalente“ zu „Regierungskoalitionen“ und „Ministerposten“ angesehen werden können. Zum anderen variieren die Datenverfügbarkeit und insbesondere die Erhebungsmethoden zur Bestim-

70 An dieser Stelle wird bewusst der Begriff „lokal“ verwendet, da sich die folgenden Ausführungen in allgemeiner Weise mit der Koalitionsforschung auf der untersten politischen Ebene in verschiedenen europäischen Staaten auseinandersetzen. Beim Übergang zur Koalitionsbildung in Deutschland wird wiederum auf den Begriff „kommunal“ zurückgegriffen, da dieser Terminus in der deutschen lokalen Politikforschung enger gefasst wird als der Begriff „lokale Politik“, der beispielsweise auch die Wahlkampftätigkeit lokaler Parteiorganisationen „vor Ort“ während Bundes- oder Landtagswahlkämpfen umfassen kann (Naßmacher/Naßmacher 2007: 14).

71 Pridham (1984) analysiert zwar die lokale Koalitionsbildung in Italien, er betrachtet dabei aber ausschließlich die „Kongruenz“ oder „Inkongruenz“ zwischen lokalen Koalitionen und nationalen Koalitionen, ohne näher auf die Bestimmungsfaktoren für lokale Koalitionsbildungsprozesse einzugehen.

mung lokaler *policy*-Positionen zwischen den einzelnen Studien. Die Analysen zur Koalitionsbildung in Dänemark (Serritzlew *et al.* 2008, 2010; Skjæveland *et al.* 2007) und Schweden (Bäck 2003a, 2003b, 2008, 2009) sind hierbei methodisch am aussagekräftigsten, da sie nicht auf die nationalen Politikpositionen der Parteien zurückgreifen (vgl. Denters 1985; Steunenbergh 1992; Laver *et al.* 1987, 1998), sondern die lokalen Politikpositionen anhand von Befragungen lokaler politischer Akteure gewinnen.

2.2 Theoretische Ansätze zur Erklärung von Koalitionsverhandlungen

Verhandlungssituationen sind im Allgemeinen dadurch gekennzeichnet, dass die beteiligten Akteure zwar unterschiedliche Vorstellungen haben und divergierende Interessen verfolgen, alle Akteure aber einen ausreichend großen Spielraum zur Einigung aufweisen, damit jeder von ihnen von den Verhandlungen profitieren kann (Kelley 1970: 274). Dies gilt auch für Koalitionsverhandlungen. Hierbei verfolgen die politischen Akteure dasselbe Ziel: die Bildung eines gemeinsamen Bündnisses.⁷² Der Weg zum erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen ist jedoch steinig und geprägt von einem ständigen Interessenausgleich zwischen den Verhandlungsdelegationen. Das jeweilige *office-*, *policy-* und *vote-seeking* der verschiedenen politischen Akteure führt zu Interessenkonflikten zwischen den Verhandlungspartnern und erfordert die Fähigkeit zur Kompromissbildung (Strøm/Müller 1999b: 257). Kompromissfindungen sind damit „the main subject of the formation bargaining process“ (De Winter 2004: 40).

Die Verhandlungspartner besitzen bei Koalitionsverhandlungen jedoch nicht dieselbe Verhandlungsmacht. Die Parteien bringen ihren Sitzanteil in die Verhandlungen mit ein. Folglich wird häufig angenommen, dass die an den Verhandlungen beteiligte Partei mit den meisten Sitzen auch die größte Verhandlungsmacht besitzen würde. Lupia und Strøm (2010: 64-66) zeigen jedoch, dass zur Bestimmung der konkreten Verhandlungsmacht einer Partei bei Koalitionsverhandlungen nicht alleine die Sitzanzahl ausschlaggebend ist, sondern vor allem die Anzahl der Koalitionsoptionen, mit der eine Partei den jeweils anderen Parteien „drohen“ kann. Sie wenden sich auch gegen die Schlussfolgerung, dass vor allem Parteien, die hinsichtlich der Politikinhalte gemeinsame Präferenzen

72 Es wird an dieser Stelle davon ausgegangen, dass die beteiligten politischen Akteure die Koalitionsverhandlungen „ehrlich“ und nicht nur zu dem Zweck führen, den „wirklich ‚begehrten‘ Partner unter Druck zu setzen“ (Kropp 2001: 120).

haben, miteinander koalieren würden. Sind für eine Partei die Verhandlungskosten für eine Einigung mit einem potenziellen Koalitionspartner zu hoch (da beispielsweise trotz grundsätzlicher gemeinsamer Interessen die Kompromissfindung bei einzelnen Punkten zu kompliziert ist), so sollte sich diese Partei anderen potenziellen Koalitionspartnern zuwenden, mit denen zwar weniger politische Übereinstimmungen vorliegen, die Verhandlungskosten aber als geringer eingeschätzt werden können.

Generell muss zwischen zwei unterschiedlichen „Arten“ von Koalitionsverhandlungen unterschieden werden: (1) Koalitionsverhandlungen im Anschluss an Wahlen; (2) Koalitionsverhandlungen im direkten Anschluss an das Auseinanderbrechen einer Regierung, ohne dass Wahlen stattgefunden haben (Diermeier/van Roozendaal 1998: 616). Dies ist vorteilhaft, da im ersten Fall die Koalitionsbildungen deutlich länger dauern als im zweiten Fall, da sich Wahlgewinner und –verlierer erst neu sortieren müssen und zum Beispiel im Vorfeld der Wahlen angestrebte Koalitionsmöglichkeiten nach der Wahl mathematisch nicht mehr möglich sein können (De Winter 1995: 121, FN 20; Golder 2010: 8). Die Unsicherheit bei den politischen Akteuren über die Machbarkeit einzelner Koalitionsmöglichkeiten ist damit nach den Wahlen größer als zwischen zwei Wahlen (Golder 2010: 13f.).

Koalitionsverhandlungen können einerseits als „two-level games“ (Putnam 1988), andererseits auch als „incomplete information bargaining“ (Diermeier/van Roozendaal 1998) verstanden werden. Mithilfe beider Ansätze können Hypothesen hinsichtlich der Ausprägung von Konflikten bei den Koalitionsverhandlungen und der Dauer der Koalitionsverhandlungen abgeleitet werden. Beide Aspekte stehen dabei jedoch in Beziehung zueinander, denn je größer die inner- oder zwischenparteilichen Konflikte sind, desto länger sollten Koalitionsverhandlungen andauern.

Putnam (1988: 435-440) konzipiert „two-level games“ mit Blick auf internationale Organisationen: „Negotiators representing two organizations meet to reach an agreement between them, subject to the constraint that any tentative agreement must be ratified by their respective organizations“ (435). Dies lässt sich auf Koalitionsverhandlungen zwischen Parteien übertragen. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wird in den meisten Fällen zwischen den Verhandlungspartnern in einer schriftlichen Vereinbarung festgehalten (Ebene 1) und einzelnen Parteigremien oder der Parteibasis zur Abstimmung vorgelegt (Ebene

2).⁷³ Für analytische Zwecke ist eine solche Unterscheidung in zwei unterschiedliche Ebenen bei Koalitionsverhandlungen sinnvoll; nichtsdestotrotz werden bereits *vor* den Koalitionsverhandlungen inhaltliche Positionen und Forderungen auf der zweiten Ebene für die Verhandlungen auf der ersten Ebene festgelegt. Die Parteibasis kann bei ihrer Abstimmung über den Koalitionsvertrag diesen nur in seiner Ganzheit befürworten oder komplett ablehnen. Korrekturen oder Nachbesserungen der Koalitionsvereinbarung durch die Parteibasis auf Ebene 2 sind nicht möglich, da ansonsten die Verhandlungen auf Ebene 1 erneut eröffnet werden müssten. Demzufolge müssen zum einen die Verhandlungsführer bereits während den Koalitionsverhandlungen die Wünsche und Forderungen der eigenen Parteimitglieder antizipieren und in ihre Überlegungen miteinbeziehen. Zum anderen versuchen sie, den Handlungsspielraum der gegnerischen Verhandlungsführung korrekt einzuschätzen, insbesondere die zumutbaren Forderungen an die Verhandlungspartner hinsichtlich deren Durchsetzungsmöglichkeiten bei der jeweiligen Parteibasis. Hierbei ist einer der Gründe für das Scheitern von Koalitionsverhandlungen, dass die Verhandlungsführungen (bewusst oder unbewusst) zu hohe Forderungen an die Gegenseite stellen, die diese nicht der eigenen Parteibasis verkaufen können: „Level 1 negotiators are often badly misinformed about Level II politics, particularly on the opposing side“ (Putnam 1988: 452).

An diesen Punkt lässt sich der „incomplete information bargaining approach“ von Diermeier und van Roozendaal (1998) hinsichtlich des Ablaufs von Koalitionsverhandlungen anknüpfen. Die jeweiligen Verhandlungsführungen sind über die politischen Vorstellungen der eigenen Parteimitglieder besser informiert als über die politischen Forderungen der Parteimitglieder der Gegenseite. Dies lässt sich anhand eines Beispiels verdeutlichen: Fordert die Verhandlungsführung von Partei A (VA) während den Koalitionsverhandlungen ein Bekenntnis der Verhandlungsführung von Partei B (VB) zur Kürzung des Arbeitslosengeldes, so besitzt VB gegenüber VA einen Informationsvorsprung hinsichtlich der Durchsetzungsmöglichkeit dieser politischen Maßnahme bei der Basis von Partei B. VB könnte diesen Informationsvorsprung beispielsweise zu ihrem eigenen Vorteil nutzen, indem sie gegenüber VA damit „droht“, dass die Mitglieder von Partei B das Koalitionsabkommen ablehnen könnten, wenn VA bei anderen politischen Sachverhalten nicht zu Zugeständnissen bereit ist. Diese „Informationsasymmetrien“ tragen zur Verlängerung der Koalitionsverhandlungen bei, denn „[i]f the expected reaction of the respective party caucuses were common

73 Dies ähnelt damit einem „nested game“ (Tsebelis 1990), bei dem die Parteieliten in zwei verschiedenen Arenen (Koalitionsverhandlungen mit anderen Parteieliten; Überzeugung der eigenen Parteibasis) agieren.

knowledge, it would be anticipated by the negotiators and a rational proposal would be adjusted accordingly“ (Diermeier/van Roozendaal 1998: 610f.).

Die Dauer der Koalitionsverhandlungen bzw. die Dauer der Regierungsbildung und die Anzahl der Verhandlungsrunden werden folglich von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. Generell verdeutlichen mehrere Autoren, dass die Dauer der Koalitionsverhandlungen von der „Informationsunsicherheit“ der politischen Akteure sowie von der „Komplexität der Verhandlungssituation“ abhängt (De Winter/Dumont 2010; Diermeier/van Roozendaal 1998; Golder 2010; Martin/Vanberg 2003). Darüber hinaus zeigen sich länderspezifische Unterschiede bei der Dauer der Regierungsbildungen, die beispielsweise durch den konstitutionell vorgesehenen Ablauf der Koalitionsverhandlungen bedingt sind (vgl. De Winter/Dumont 2010).

Die politischen Akteure verfügen bei den Koalitionsverhandlungen nicht über perfekte Informationen (vgl. zu den folgenden Ausführungen De Winter/Dumont 2010: 133-138). Sie sind nicht in der Lage, jeden einzelnen Schritt des Gegenübers vorherzusehen. Deshalb machen sie während den Verhandlungen „Fehler“, die zu einer Verlängerung der Verhandlungen führen können, oder sie nehmen sich zusätzlich Zeit, um sich besser über die Gegenseite und deren Vorgehensweise zu informieren. Diese unvollständigen Informationen der Akteure können einerseits daher rühren, dass sie sich über die Präferenzen der weiteren Akteure nicht ganz im Klaren sind; andererseits können sich die zu Beginn der Koalitionsverhandlungen wahrgenommenen Präferenzen der Akteure während den Verhandlungen ändern (beispielsweise durch Kompromissfindungen oder durch das Inaussichtstellen von Ämtern).

Bei den Koalitionsverhandlungen spielt jedoch nicht nur der Blick in die Zukunft eine gewichtige Rolle, sondern auch vergangene Erlebnisse, insbesondere bei Fragen, wie sich der potenzielle Koalitionspartner in anderen Koalitionen bewährt hat, ob er zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit fähig ist und ob es bereits früher eine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien gab, auf der sich aufbauen lässt (Müller *et al.* 2010: 15). Diermeier und van Roozendaal (1998) zeigen, dass Koalitionsverhandlungen deutlich kürzer ausfallen, entweder wenn das gebildete Kabinett nur eine Übergangsregierung darstellt oder wenn die bereits amtierende Regierung erneut eine Stimmen- und Sitzmehrheit bei den Wahlen gewinnen konnte.

Sowohl die Anzahl der Parlamentsparteien als auch die Anzahl der an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien haben einen Einfluss auf Dauer und Ausmaß der Koalitionsverhandlungsrunden. Je mehr Parteien an den Verhandlungen beteiligt sind, desto schwieriger sollte es für die politischen Akteure

werden, eine Einigung zu erzielen, die von allen Beteiligten akzeptiert wird (Martin/Vanberg 2003: 326f.). Die „Komplexität“ der Verhandlungssituation erhöht sich mit der Anzahl der Parteien (Ström/Müller 1999a: 26). Koalitionsverhandlungen mit drei, vier oder fünf Parteien sollten demnach länger dauern als Verhandlungen zwischen zwei Parteien. Golder (2010) wendet hierbei jedoch ein, dass die Anzahl der Koalitionsparteien nur in der letztlich erfolgreich verlaufenden Koalitionsverhandlungsrunde eine Rolle spielen würde. Alle vorherigen (in unterschiedlichen Parteienzusammensetzungen ablaufenden) Koalitionsbildungsversuche wären davon nicht direkt betroffen. Demzufolge sei die Anzahl der Koalitionsparteien ein „kabinettspezifisches“ Merkmal, das nicht in die Analyse zur Dauer der Regierungsbildungen einbezogen werden dürfe.

Darüber hinaus sind Koalitionsverhandlungen umso komplexer, je größer die Anzahl der weiteren Koalitionsoptionen für die politischen Akteure ist oder je mehr die Akteure bei der Koalitionsbildung durch weitere Faktoren eingeschränkt werden (vgl. ausführlicher zu den *constraints* bei Koalitionsbildungsprozessen Kap. 3.1). Eine höhere Anzahl an Parlamentsparteien führt dazu, dass die „Komplexität“ der Verhandlungssituation steigt, da sich für die politischen Akteure mehrere Koalitionsoptionen ergeben sollten und die politischen Akteure (oder ein *formateur*) Zeit benötigen, um alle Koalitionsmöglichkeiten zu sondieren (De Winter/Dumont 2010; Golder 2010). Dabei ist jedoch nicht jede Partei „gleichwertig“ zu behandeln: Sind in einem Parlament nach der Wahl beispielsweise mehrere Parteien vertreten, die von den anderen politischen Akteuren als nicht koalitionsfähig angesehen werden, so reduziert dieser Umstand die Anzahl der Koalitionsoptionen, mit denen die politischen Akteure bei Koalitionsverhandlungen „drohen“ können – die Komplexität der Verhandlungssituation würde sich damit verringern und es käme zu weniger Verhandlungsrunden (Warwick 1994). De Winter und Dumont (2010) zeigen, dass in solchen Situationen tatsächlich die Anzahl der Verhandlungsrunden nicht signifikant ansteigt, die einzelnen Verhandlungsrunden jedoch länger dauern.

Sowohl die „Informationsunsicherheit“ der politischen Akteure als auch die „Komplexität“ der Verhandlungssituation sollten auch von der elektoralen Volatilität beeinflusst werden. Eine Partei tritt leichter in eine Koalition ein (d. h. die Koalitionsverhandlungen sollten kürzer sein), wenn das elektorale Umfeld stabil ist, die Partei demnach annehmen kann, dass sie von den Wählern bei den nächsten Wahlen für ihre Koalitionsentscheidung nicht abgestraft wird. Bei hoher elektoraler Volatilität können die politischen Akteure weniger genau einschätzen, inwieweit sie wegen den bei den Koalitionsverhandlungen vereinbarten und den später umgesetzten Politikinhalt von den Wählern belohnt oder bestraft

werden. Verändern sich die Wahlergebnisse der Parteien demnach in großem Ausmaß von Wahl zu Wahl, so sollten Parteien eher eine *vote-seeking*-Strategie verfolgen, „which in turn may lead to more bargaining rounds and longer periods of negotiation“ (De Winter/Dumont 2010: 135).

Ob nun vor allem die „Informationsunsicherheit“ der politischen Akteure zur Dauer der Koalitionsbildung beiträgt oder ob dies eher der „Komplexität“ der Verhandlungssituationen geschuldet ist, ist in der Forschung bisher nicht eindeutig beantwortet worden. Während Diermeier und van Roozendaal (1998) vor allem die Bedeutung der „Informationsunsicherheit“ der politischen Akteure für verlängerte Koalitionsverhandlungen hervorheben, sehen Martin und Vanberg (2003) die Dauer der Koalitionsverhandlungen als von der Anzahl der Parteien und der programmatisch-ideologischen Distanz der Verhandlungspartner abhängig.⁷⁴ De Winter und Dumont (2010) zeigen, dass lang andauernde Verhandlungsrunden auf die programmatisch-ideologischen Distanzen zwischen den Parteien zurückzuführen sind und dies insbesondere dann der Fall ist, wenn mehr als eine Politikdimension den Parteienwettbewerb maßgeblich strukturiert. „Informationsunsicherheit“ hat demnach eher Auswirkungen auf die Dauer der Koalitionsverhandlungen und weniger auf die Anzahl an Verhandlungsrunden (De Winter/Dumont 2010: 153).

Golder (2010) kritisiert insbesondere Martin und Vanberg (2003), dass durch die Einbeziehung der *policy*-Positionen der Koalitionsparteien ausschließlich die letzte und damit erfolgreiche Verhandlungsrunde zur Regierungsbildung betrachtet werden würde; die Dauer der Regierungsbildung ergibt sich allerdings nicht nur durch die Länge der finalen Koalitionsverhandlungen, sondern auch durch etwaige vorherige, gescheiterte Koalitionsbildungsversuche. Vielmehr würden sowohl die Polarisierung innerhalb des Parlaments als auch die parlamentarische Fragmentierung die „Komplexität“ von Koalitionsverhandlungen beeinflussen (Golder 2010; vgl. auch De Winter/Dumont 2010). Je deutlicher sich die politischen Akteure in programmatisch-ideologischen Fragen voneinander unterscheiden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie bei den Koalitionsverhandlungen auf Verhandlungspartner treffen, die andere politische Ziele verfolgen und desto „unsicherer“ sind die Akteure über die Strategien potenzieller Verhandlungspartner (vgl. auch Dodd 1976: 63f., 73f.). Ebenso verstärkt die „Komplexität“ der Verhandlungssituation die immer vorhandene „Informationsunsicherheit“ der politischen Akteure, da diese bei einer wachsenden Anzahl an zusätzlichen Koalitionsmöglichkeiten weitere Koalitionspartner und deren Vor-

74 Vgl. auch Schreckenberger (1994: 331): „Die Dauer der jeweiligen Koalitionsverhandlungen hängt sehr vom Grad der Meinungsverschiedenheit über Sachfragen ab“.

stellungen und Forderungen in ihre eigene Kalkulation miteinbeziehen müssen.⁷⁵ Beide Faktoren spielen damit eine Rolle für die Erklärung der Dauer von Koalitionsverhandlungen und der Anzahl an Verhandlungsrunden.

Die „Komplexität“ von Verhandlungssituationen hängt darüber hinaus auch davon ab, inwieweit die Verhandlungsparteien als Einheit auftreten und ob sich zwischen den Verhandlungspartnern Konflikte auftun (Strøm/Müller 1999a: 26). Ist dies der Fall, so erhöht sich die „Komplexität“ der Verhandlungen. Konflikte zwischen und innerhalb einzelner Verhandlungspartner beeinflussen deshalb die Dauer der Koalitionsverhandlungen. Innerparteiliche Konflikte lassen sich dabei folgendermaßen definieren: „At its simplest, intra-party politics refers to the political interplay of the individual political actors within a party – such as legislators, candidates, appointed officials and members – whose heterogeneous motivations lead them to pursue potentially competing behaviours“ (Benoit/Giannetti 2009: 229). Parteien besitzen deshalb bei Koalitionsverhandlungen einen Anreiz, als einheitlicher Akteur aufzutreten, um den Verhandlungspartnern keine Angriffspunkte zu liefern (Strøm 1990a: 28).

Die Befunde dazu, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Zentralisierung einer Partei (d. h. inwieweit der kleine Personenkreis der nationalen Parteiführung die grundlegenden politischen Entscheidungen der Partei prägt) und dem Umgang mit innerparteilichen Konflikten bei Koalitionsverhandlungen gibt, sind uneinheitlich. Maor (1998: 107, 110) verwirft das Argument, dass sich nur eine geschlossene, harmonische Partei in Koalitionsverhandlungen bestmöglich durchsetzen könne und zeigt, dass sich gerade diese Parteien bei der geringsten Störung des innerparteilichen Friedens gezwungen sehen, ihren Verhandlungsstil zu ändern oder die Verhandlungen zu beenden. Maor (1992, 1995, 1998) sieht bezüglich innerparteilicher Konflikte, die bei Koalitionsverhandlungen unweigerlich auftreten (Druckman 1996: 399, FN 4), dezentralisierte Parteien gegenüber zentralisierten Parteien im Vorteil. In dezentralisierten Parteien könnten Mitglieder der Parteiführung oder einfache Parteimitglieder ihre Unzufriedenheit über einzelne Themen in den Koalitionsverhandlungen oder ihr generelles Missfallen an der Wahl des zukünftigen Koalitionspartners innerhalb der Partei in einzelnen Gruppierungen äußern (*voice option*), während es in zentralisierten Parteien kaum Ventile für diesen Unmut gäbe – stark zentralisierte Parteien müssten folglich während den Koalitionsverhandlungen immer mit Partei Austritten bis hin zu Parteiabsplaltungen rechnen (*exit option*) (Hirschman 1974;

75 Kausal gesehen kommt die „Informationsunsicherheit“ der politischen Akteure vor der „Komplexität“ der Verhandlungssituationen (Golder 2010: 12). Ohne „Informationsunsicherheit“ würden die politischen Akteure sich sofort auf einen für alle Beteiligten akzeptablen Vorschlag einigen, unabhängig davon, ob die Verhandlungssituation komplex ist oder nicht.

Maor 1992: 103; Maor 1998: 63, 66). Durch eine dezentralisierte Entscheidungsstruktur, bei der die Bildung von Arbeitskreisen oder Gruppen mit von der Parteilinie abweichenden politischen Ansichten *innerhalb* der Partei möglich ist, könnten die Parteiführer den internen Dissens besser regulieren, weniger Zeit für die Befriedung der Konflikte aufbringen und eher die Kontrolle behalten als in zentralisierten Parteien, in denen sich die Unzufriedenheit *außerhalb* der Partei Bahn bräche (Maor 1998: 89-91). Bei konfliktreichen Koalitionsverhandlungen, beispielsweise zwischen Parteien, die nie oder nur selten miteinander koalieren, hätten demnach zentralisierte Parteien eine schwächere Verhandlungsposition als dezentralisierte Parteien, da die auftretenden zwischenparteilichen Auseinandersetzungen im Laufe der Verhandlungen innerparteiliche Konflikte nach sich ziehen würden, die nicht in geordnete Bahnen gelenkt werden könnten und die, wie ein Damoklesschwert über den Verhandlungen schwebenden, drohenden Parteiaustritte der Partei kaum glaubwürdige politische Angebote an die anderen Verhandlungspartner erlauben würden (Maor 1998: 99-101). Den Ergebnissen Maors wird allerdings entgegengehalten, dass sich diese nur auf vier Fallstudien stützen würden (Giannetti/Benoit 2009: 13) und dass die einzelnen Akteure gar keine große Auswahl an anderen Parteien haben, zu denen sie wechseln könnten – damit die Kosten für einen Parteiaustritt sehr hoch wären – und in dezentralisierten Parteien die *voice option* mit Blick auf die eigene Karriere auch nicht uneingeschränkt genutzt werden könne (Druckman 1996: 399, FN 4).⁷⁶

2.3 Theoretische Ansätze zur Erklärung von Koalitionsvereinbarungen

Koalitionen stellen immer ein Zusammenspiel zwischen verschiedenen politischen Akteuren dar. Nicht nur während den Koalitionsverhandlungen, sondern auch während des „Koalitionsalltags“ kommt es dabei immer wieder zu zwischenparteilichen Konflikten innerhalb des Bündnisses, die sich an inhaltlichen oder persönlichen Differenzen entzünden können. Zur Vermeidung oder zumindest zur Eindämmung solcher Konflikte können die politischen Akteure Mechanismen festlegen, nach welchen Regeln in diesen Situationen verfahren werden

76 Auch Pedersens (2010) Ergebnisse widersprechen Maors Annahmen. Eine formale Modellierung solcher Konflikte *ex ante* ist jedoch sehr schwierig; persönliche Konflikte zwischen den Verhandlungsführern oder Dissens innerhalb einzelner Parteien wird eher *ex post* als Grund für längere Koalitionsverhandlungen angeführt. Deshalb werden diese *intraparty* und *interparty conflicts* in Kap. 6.1 und 6.2 anhand schwarz-grüner Koalitionen in deutschen Großstädten ausführlicher erläutert. Für die empirische Analyse kommunaler Koalitionsverhandlungen in nordrhein-westfälischen Großstädten in Kap. 3.2.2 werden sie außer Acht gelassen.

soll (Strøm/Müller 1999b: 255). Diese Mechanismen – beispielsweise die Einrichtung eines Koalitionsausschusses – werden (meistens) in Koalitionsvereinbarungen explizit festgehalten.

Unter Koalitionsvereinbarungen werden alle schriftlichen Dokumente verstanden, die von allen an Koalitionen beteiligten Parteien unterzeichnet werden und die so verbindlich ausgestaltet sind, dass sie das Verhalten der Parteien beschränken (Müller/Strøm 2003a: 18; Müller/Strøm 2010: 170). Die Koalitionsvereinbarungen können dabei nur zum internen Gebrauch zwischen den Koalitionspartnern verwendet oder aber – wie es zumeist der Fall ist – der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (Strøm/Müller 1999b: 265). Letzteres Vorgehen erhöht die Verbindlichkeit der schriftlichen Vereinbarungen.

Timmermans (2003: 20f.) nennt drei Gründe, weshalb die Formulierung von Koalitionsvereinbarungen während den Koalitionsverhandlungen eine entscheidende Rolle spielt: (1) Sind Parteien aus der vorherigen amtierenden Koalition beteiligt, welche eventuell sogar vorzeitig aufgrund zwischenparteilicher Spannungen auseinandergebrochen ist, dann dienen die Koalitionsverhandlungen und das Koalitionsabkommen dazu, diese Konfliktfelder einzudämmen oder zu beseitigen; (2) die potenziellen Koalitionspartner können sich durch den Parteienwettbewerb im Allgemeinen und dem vorausgegangenen Wahlkampf im Speziellen misstrauisch gegenüberstehen – die Koalitionsvereinbarungen haben dann den Zweck, dieses Misstrauen abzubauen; (3) Koalitionsvereinbarungen sind institutionalisierte Instrumente, deren Verwendung den politischen Akteuren bereits vertraut ist. Die Ergebnisse von Moury (2013) unterstreichen dies und zeigen, dass die politischen Akteure Koalitionsvereinbarungen vor allem deshalb aushandeln, um zukünftige Konflikte zu reduzieren, die politische Agenda zu formulieren, Vertrauen zwischen den Koalitionspartnern zu bilden und um Signale an die Bürger zu senden.

Koalitionsvereinbarungen werden zwar auch als *Verträge* zwischen den beteiligten Parteien angesehen; juristisch verbindlich sind sie allerdings nicht (Kropp/Sturm 1998: 89).⁷⁷ Keiner der Koalitionspartner kann den jeweils anderen Koalitionspartner vor einem Gericht wegen der Nichteinhaltung eines im Koalitionsvertrag vereinbarten politischen Vorgehens zur Rechenschaft ziehen. Dennoch ähneln Koalitionsvereinbarungen in ihrer Wirkungsweise juristischen Verträgen. Zwei oder mehr Akteure vereinbaren gemeinsame Aktionen, die ihnen zum Vorteil gereichen, und die Partner legen im Vorhinein fest, wie Einigkeit zwischen den Akteuren hergestellt werden soll und wie ein vom Vertrag

77 Zu juristischen und demokratietheoretischen Bedenken gegenüber Koalitionsverträgen siehe Kropp und Sturm (1998: 90-92).

abweichendes Verhalten sanktioniert werden kann (vgl. Lupia/Strøm 2010: 60). Insbesondere in Deutschland und in den Niederlanden nehmen die politischen Akteure die Koalitionsvereinbarungen „als weitgehend verbindlich“ wahr (Kropp *et al.* 2002: 40). Das einseitige Abweichen eines Koalitionspartners vom Inhalt des Koalitionsvertrages kann die gesamte Koalition in eine Krise stürzen oder sogar zur Aufkündigung des Bündnisses führen (Jun 1994: 27).

In den meisten Koalitionsvereinbarungen finden sich Regelungen zu drei großen Bereichen (Müller/Strøm 2000: 152): (1) Übereinstimmungen (und teilweise auch Differenzen) bezüglich einzelner Politikinhalte; (2) Ämterverteilung; (3) Mechanismen zur Lösung von Konflikten, die während der Zusammenarbeit auftreten könnten. Peterson und De Ridder (1986: 572) betonen, dass die politischen Akteure mithilfe von Koalitionsvereinbarungen bereits zu Beginn eines gemeinsamen Bündnisses die zukünftige legislative Agenda setzen beziehungsweise ein Rahmen vorgegeben wird, innerhalb dem sich die politischen Akteure auf zukünftige Gesetzesvorhaben einigen können. Hierbei werden Kompromisse hinsichtlich der im Wahlkampf betonten sachpolitischen Differenzen der Parteien explizit festgeschrieben, um sich gegen die im Laufe der Zeit zwangsläufig auftretenden zwischen- und innerparteilichen Konflikte innerhalb einer Koalition abzusichern (Kropp 2002: 352f.). Darüber hinaus können die politischen Akteure zur Konfliktprävention in den Koalitionsvereinbarungen aber auch ihre divergierenden Sichtweisen zu einzelnen politischen Maßnahmen festhalten, damit diese politischen Sachverhalte während der Zusammenarbeit gar nicht erst auf der politischen Agenda erscheinen (Timmermans 2003: 22f.; Timmermans/Andeweg 2003: 376). Koalitionsvereinbarungen dienen demnach dazu, das Ausmaß an Unsicherheit und Misstrauen zwischen und die Gefahr von abweichendem Verhalten von einzelnen Koalitionspartnern zu reduzieren (Müller *et al.* 2010: 14; Timmermans 2006: 264).⁷⁸ Hierzu legen die Koalitionspartner häufig fest, dass wechselnde Mehrheiten bei Parlamentsabstimmungen nicht erlaubt sind beziehungsweise die Koalitionspartner nicht mit den Oppositionsparteien stimmen dürfen (Kropp/Sturm 1998: 106).

Koalitionsvereinbarungen verringern zum einen die Kosten, die die politischen Akteure für Kompromisse aufzubringen hätten, wenn jeder einzelne politische Sachverhalt neu verhandelt werden müsste (Moury 2013: 5f.). Finden die Koalitionspartner bei einer Vielzahl an politischen Themen mittels Tausch- und Kompensationsgeschäften Kompromisse, die schriftlich im Koalitionsabkommen

78 Letzteres lässt sich allerdings nicht vollständig ausschließen, sodass Koalitionsvereinbarungen als „incomplete contracts“ zu betrachten sind (Müller *et al.* 2010: 14; Hervorhebung im Original).

festgehalten und von allen Beteiligten als verbindlich angesehen werden, so verringern sich damit die Transaktionskosten während des Koalitionsalltags. Zum anderen dienen Koalitionsvereinbarungen auch dazu, den sogenannten *agency loss* zu verringern, der bei der Delegation von Kompetenzen durch die gesamte Regierung an einzelne Minister zwangsläufig entsteht (Andeweg 2000; Moury 2011). Mithilfe des Koalitionsabkommens können die anderen Regierungsmitglieder die Entscheidungen der jeweiligen Ressortminister (insbesondere diejenigen des politischen Gegners) evaluieren und gegebenenfalls mit Hinweis auf die schriftlich vereinbarten Politikmaßnahmen Korrekturen verlangen oder einzelne Maßnahmen sogar komplett verhindern (De Winter 2004: 39).

Koalitionsvereinbarungen sollen jedoch nicht nur Übereinstimmungen (und Differenzen) zwischen den an den Koalitionen beteiligten Parteien festschreiben; sie dienen auch dazu, innerhalb der jeweiligen Parteien einen Konsens zugunsten der angestrebten Koalitionen zu schaffen (Peterson/De Ridder 1986: 572). Dies wird durch die Unterzeichnung einer Koalitionsvereinbarung erleichtert (Kropp 1999: 61). Koalitionsvereinbarungen werden in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle per Mehrheitsentscheid von den Parteimitgliedern oder von Parteitagsdelegierten der jeweiligen Koalitionspartner angenommen, wodurch ihnen auch eine „innerparteiliche Bindewirkung“ zukommt, da sich die Kritiker der Koalition einer innerparteilichen Mehrheit an Koalitionsbefürwortern gegenübersehen (Kropp 2002: 353). Damit kann im Laufe der koalitionsären Zusammenarbeit der Kritik der Parteibasis an einzelnen politischen Entscheidungen mit dem Verweis auf die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen inhaltlichen Punkte begegnet werden (Kropp/Sturm 1998: 98). Darüber hinaus betonen die politischen Akteure in den Koalitionsvereinbarungen einzelne Politikmaßnahmen, die der jeweiligen Parteibasis wichtig sind, wobei die Formulierungen über den Verbindlichkeitsgrad und die genauen Ziele eher vage sind, damit im Grunde jedes Parteimitglied dem Koalitionsvertrag zustimmen kann, die Parteimitglieder der Koalitionspartner aber an diesen Zielen keinen Anstoß nehmen sollen (Timmermans 2003: 21f.). Diesem Ziel dient auch die „Konfliktmarkierung“ sowie das Ausklammern von Themen, bei denen sich die Koalitionspartner nicht einigen konnten, da zum einen im begrenzten Zeitfenster, das für Koalitionsverhandlungen zur Verfügung steht, nicht alle Themenkomplexe abschließend behandelt werden können (Kropp 2001: 149-153); zum anderen aber vor allem der eigenen Parteibasis signalisiert werden soll, dass die Verhandlungsführung auf dem eigenen Standpunkt beharrte und nicht dem „Einigungsdruck[s]“ erlegen ist. Je größer dabei die innerparteilichen Differenzen hinsichtlich einer Politikmaßnahme sind, desto

geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich klar formulierte Aussagen dazu in der Koalitionsvereinbarung wiederfinden (Timmermans 2003).⁷⁹

Letztendlich geht es für die Verhandlungsführer bei der Formulierung der Koalitionsvereinbarung darum, die eigene Parteibasis trotz der notwendigen inhaltlichen Zugeständnisse an die Koalitionspartner auf das angestrebte Bündnis einzuschwören (Kropp/Sturm 1998: 105). Um dieses Ziel zu erreichen, werden oftmals auch einzelne Politikmaßnahmen explizit in das Koalitionsabkommen aufgenommen, über die es zwischen den Koalitionspartnern gar keinen Dissens gibt, in der Hoffnung, dass die eigenen Parteimitglieder und die Wähler die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen honorieren werden (Eichorst 2014: 100). Die Verhandlungspartner sind bemüht darum, dass alle Seiten bei den Koalitionsverhandlungen und den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Inhalten distributive Vorteile erzielen, es sich also nicht um ein Nullsummenspiel handelt (Benz 1995; Kropp 2001). Trotz der notwendigen Zustimmung der Parteibasis dienen Koalitionsvereinbarungen vor allem der „parteilpolitischen Elitenkoordination“, d. h. die Verhandlungsführungen der Koalitionsparteien sind bestrebt, ein schriftliches Dokument auszuarbeiten, das die Berechenbarkeit des Koalitionspartners während der Zusammenarbeit sichert (Kropp/Sturm 1998: 108).

Des Weiteren richten sich Koalitionsvereinbarungen auch an die gesamte Wählerschaft. Die schriftliche Festlegung angestrebter Politikmaßnahmen ermöglicht es den Wählern einerseits, den zukünftigen Kurs der Regierungspolitik abzuschätzen, andererseits können die Wähler bei der nächsten Wahl rückblickend die Anzahl der im Koalitionsabkommen (nicht) umgesetzten Politikmaßnahmen in ihre Wahlentscheidung miteinfließen lassen (Eichorst 2014: 99). Allerdings können die politischen Akteure bei der Ausarbeitung von Koalitionsvereinbarungen nicht alle zukünftigen Ereignisse (zum Beispiel Wirtschaftskrisen oder außenpolitische Verwicklungen) vorhersehen, sodass Koalitionsvereinbarungen nicht als „Arbeitsprogramme“, sondern vielmehr als „Arbeitsgrundlage“ anzusehen sind (Kropp/Sturm 1998: 102; Hervorhebung im Original).

In den letzten Jahrzehnten finden schriftliche Koalitionsvereinbarungen in vielen Staaten immer mehr Verbreitung (vgl. Müller/Ström 2010). Der Detailgrad der Koalitionsverträge in europäischen Staaten variiert dabei erheblich (Müller *et al.* 2010: 16f.): Teilweise legen die Koalitionspartner schriftlich nur

79 Koalitionsvereinbarungen sollten von den politischen Akteuren jedoch so ausgestaltet werden, dass das schriftliche Abkommen eine dauerhafte Grundlage für die gesamte Legislaturperiode bildet – deshalb fokussieren sich die Verhandlungspartner bei den Koalitionsverhandlungen vor allem auf diejenigen Punkte, bei denen sich die größten Differenzen zwischen den Parteien zeigen (Thomson 1999). Dies muss aber nicht in einem Kompromiss zwischen den Verhandlungspartnern enden, sondern kann auch zur Ausklammerung der umstrittenen Themen führen.

die Leitlinien der zukünftigen Zusammenarbeit fest, häufig finden sich jedoch auch Vereinbarungen, in denen die umzusetzenden Politikmaßnahmen bis ins kleinste Detail geregelt werden. Die politischen Akteure widmen dabei mehr als 90 % des Inhalts von Koalitionsvereinbarungen politischen Themenbereichen und umzusetzenden Politikmaßnahmen (Indridason/Kristinsson 2013: 832).

In Deutschland kamen Koalitionsverträge ab den 1970er Jahren vermehrt auf und insbesondere seit den 1980er Jahren stellen sie für die politischen Akteure sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ein gängiges Instrument dar, um gemeinsame Ansprüche und Ziele der Koalitionspartner, aber auch ihre Differenzen, schriftlich festzuhalten, um sich gegebenenfalls auch darauf berufen zu können (Kropp/Sturm 1998: 88; Saalfeld 1997). Die Bedeutung der Koalitionsvereinbarungen in der deutschen Politik ist dabei offensichtlich: „Koalitionsvereinbarungen gelten somit mittlerweile als unverzichtbare, nicht aber hinreichende Bedingung dafür, dass die Zusammenarbeit zwischen den Partnern funktioniert“ (Kropp 2002: 353). Die Koalitionsvereinbarungen wurden hierbei über die Jahre hinweg immer umfangreicher (Saalfeld 1997: 85). Gerade die kleineren Koalitionspartner (vor allem Bündnis 90/Die Grünen) drängen darauf, dass Koalitionsvereinbarungen detailliert geregelt sind, „da sie, obgleich durch ihre Vetoposition im Bündnis geschützt, grundsätzlich der potenziellen Übermacht des großen Partners ausgesetzt sind“ (Kropp 2002: 352).

Mehrere Faktoren können die Existenz sowie die „Vollständigkeit“ (gemessen über die Länge) von Koalitionsvereinbarungen beeinflussen (Müller/Strøm 2000, 2003b, 2010; Strøm/Müller 1999b): die Anzahl der Koalitionsparteien; die Größe der stärksten Partei; die (noch verbleibende) Länge der Legislaturperiode; Präferenzunterschiede der Koalitionspartner; die Größe der Koalition. Müller und Strøm (2010) zeigen, dass Koalitionsvereinbarungen umso seltener geschrieben werden, je mehr Parteien im Parlament vertreten sind, je näher die stärkste Partei an der absoluten Parlamentsmehrheit ist und je polarisierter das Parlament ist. Die Unterzeichnung einer Koalitionsvereinbarung ist hingegen wahrscheinlicher, wenn die Median-Partei in der Koalition vertreten ist und wenn es institutionell vorgeschrieben ist, dass eine neue Regierung ihr Politikprogramm im Parlament darlegt. In norwegischen Städten und Gemeinden werden Koalitionsabkommen umso häufiger unterzeichnet, je größer die Gebietseinheiten sind, je fragmentierter das lokale Parteiensystem ist und je größer die Stimmenverschiebungen zwischen den Wahlen ausfallen (Martinussen 2002).

Welche Faktoren könnten die „Vollständigkeit“ bzw. den Umfang von Koalitionsvereinbarungen erklären? Koalitionsvereinbarungen könnten, erstens, weniger umfangreich sein, je höher die Komplexität der Verhandlungssituation ist,

d. h. je mehr Parteien an den Koalitionsverhandlungen beteiligt sind, da die Transaktionskosten bei den Verhandlungen mit jeder zusätzlichen Partei ansteigen und damit die Wahrscheinlichkeit zur Kompromissfindung sinkt. Andererseits könnte eine höhere Anzahl an Koalitionsparteien auch zu längeren Koalitionsvereinbarungen führen, da jeder der Koalitionspartner seine zentralen politischen Anliegen schriftlich festgehalten sehen möchte. Zweitens gilt, je kürzer die Legislaturperiode noch andauert (beispielsweise weil eine Koalition während der Legislaturperiode gebildet wurde), desto weniger umfangreich sind die Koalitionsvereinbarungen, da die politischen Akteure weniger Zeit in die Detailarbeit investieren. Drittens zeigt sich, dass die Koalitionsabkommen umso umfangreicher sind, je größer die ideologische Heterogenität zwischen den Koalitionspartnern ist, da die Koalitionspartner bei großen inhaltlich-programmatischen Unterschieden eine deutlich höhere Anzahl an Kompromissen und Tauschgeschäften festhalten als bei ideologisch kompakten Koalitionen (vgl. auch Indridason/Kristinsson 2013). Kürzere Koalitionsvereinbarungen können bei ideologischer Heterogenität der Koalitionsparteien aber auch Ausdruck der Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern sein, wenn viele Themen von den Verhandlungspartnern ausgeklammert wurden (Müller/Strøm 2003b: 575-577; vgl. auch die empirischen Ergebnisse von Bowler *et al.* 2014). Viertens sollten *minimal winning coalitions* umfangreichere Koalitionsvereinbarungen aufweisen als *surplus majority coalitions*, da jeder einzelne Koalitionspartner die Koalition zu Fall bringen kann, die Koalitionspartner demzufolge zur Vorbeugung einer solchen Situation so viele Politikinhalte wie möglich detailliert schriftlich festhalten wollen.

Für eine kleinere Anzahl von Fällen zeigt Moury (2013), dass Koalitionsvereinbarungen länger sind, wenn (1) linke Parteien an der Koalition beteiligt sind, (2) die Wirtschaftslage schlecht ist, (3) die ideologische Distanz zwischen den Koalitionspartnern groß ist und (4) die Koalition nur über eine knappe Mehrheit im Parlament verfügt. Insbesondere fehlendes Vertrauen zwischen den Koalitionspartnern führt dazu, dass detailliertere und damit umfangreichere Koalitionsvereinbarungen ausgehandelt werden. Dabei verlängert jede zusätzlich zu verhandelnde Thematik die Koalitionsverhandlungen und erhöht damit auch das Risiko, dass die Politikmaßnahme am Ende nicht umgesetzt wird (Indridason/Kristinsson 2013: 826). Dennoch ist zu beachten, dass der Umfang der Koalitionsvereinbarungen nicht direkt von der Dauer der Koalitionsbildungen abhängt, da diese durch mehrere Verhandlungsrunden unterschiedlichster Partei-

enkonstellationen gekennzeichnet sein und immer wieder von Neuem beginnen können (Timmermans/Andeweg 2003: 375f.).⁸⁰

Bowler *et al.* (2014) zeigen, dass es innerhalb von Koalitionsvereinbarungen einen negativen Zusammenhang zwischen dem Anteil an Politikinhalt und dem Anteil an Verfahrensregeln zur Konfliktbewältigung gibt: Je mehr Politikinhalt betont werden, desto weniger Verfahrensregeln finden sich in den Koalitionsverträgen. Verfahrensregeln werden allerdings vor allem dann explizit festgehalten, wenn die Koalitionspartner ideologisch heterogen sind und wenn sich die Höhe ihrer Sitzanteile deutlich voneinander unterscheidet.

Auf die Frage, welcher der Koalitionspartner sich bei den Koalitionsverhandlungen besser durchgesetzt hat beziehungsweise wessen Handschrift die Koalitionsvereinbarung eher trägt, ist eine allgemeine Antwort nicht möglich. Nicht allein die im Koalitionsvertrag stehenden Politikinhalt sind hierbei von Bedeutung, sondern auch die Aufteilung von Ministerposten (plus Staatssekretären, Ausschussvorsitzenden etc.) spielt eine Rolle. *Gamson's Law*, dass die Ministerien (fast exakt) proportional zu den Sitzverhältnissen zwischen den Koalitionspartnern verteilt werden (Gamson 1961), wird sowohl auf nationaler als auch auf subnationaler Ebene immer wieder bestätigt (vgl. u. a. Bäck *et al.* 2011; Carroll/Cox 2007; Falcó-Gimeno/Indridason 2013; Linhart *et al.* 2008; Warwick/Druckman 2006).⁸¹ Bezüglich der im Koalitionsvertrag stehenden Politikinhalt finden sich die politischen Forderungen der stärksten Koalitionspartei (die Partei mit den meisten Sitzen) in den meisten Fällen am ehesten wieder (Debus 2008d; Warwick 2001). In manchen Fällen zeigt sich allerdings, dass die Koalitionsvereinbarung im zweidimensionalen Politikraum weder in der Nähe einer der Koalitionsparteien noch zwischen den Koalitionspartnern liegt (Debus 2008d: 533). Die politischen Akteure könnten sich demnach in den Koalitionsvereinbarungen durch Kompromisse, Tauschgeschäfte und das Ausklammern von Themen „neu“ im Politikraum verortet haben. Ob eine Koalitionspartei bei den Wahlen Stimmengewinne verbuchen konnte, spielt für die Durchsetzung ihrer politischen Inhalte in der Koalitionsvereinbarung dabei keine statistisch signifikante Rolle, vielmehr sind es die Besetzung von „Schlüsselressorts“ wie beispielsweise des Finanzministeriums, die die Politikpositionen der Koalitionsverträge zugunsten von Parteien verschieben (Warwick 2001).

80 Indridason und Kristinsson (2013) zeigen darüber hinaus, dass Koalitionsvereinbarungen umso länger sind, je mehr Ämter zu vergeben sind.

81 Siehe Cutler *et al.* (2014) zur gemeinsamen Modellierung von Regierungsbildung und Ministeraufteilung.

Koalitionsbildungsprozesse auf kommunaler Ebene
Schwarz-Grün in deutschen Großstädten

Gross, M.

2016, XVIII, 423 S. 26 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-12265-2